

# USELESS

anerkannte fachzeitschrift für nazi-zoologie

issue #1  
sommer 2008

*Von Nordkorea bis MV*



## editorial.

Hallo! Dies hier ist die erste Ausgabe der USELESS, der Printausgabe des gleichnamigen Internet-Blogs. Es handelt sich hierbei also um keine normale Zeitung und auch um kein Fanzine. Viel mehr handelt es sich hierbei um den Versuch ein Medium zu etablieren, welches sich explizit um das Geschehen in MV kümmert.

Speziell die Absicht, die lediglich geringere Auseinandersetzung mit linksradikaler Theorie zu dokumentieren und zu begleiten, sowie die Hoffnung, mitzuerleben, das es irgendwann auch in der Szene in MV zur Normalität wird, das eigene Handeln in einer kritischen und öffentlichen Debatte zu reflektieren, bilden die Grundlage für diesen Versuch einer Zeitschrift. Demzufolge sind die meisten Beiträge in dieser Ausgabe auch nicht von dem Blog sondern eine Wiedergabe von Diskussionspapieren, die andere Gruppen veröffentlichten.

Den Anfang macht die Antifa-Debatte, die von der AHGRO im vergangenen Sommer losgetreten wurde und zumindest bei den Verfassungsschutzbehörden Beachtung fand.

In der Rubrik „back in the 90s“ geht es hingegen um die dunklen 90er Jahre, also der Zeit vor dem Internet, die zu großen Teilen sehr schlecht dokumentiert sind.

Viel Spaß beim lesen (und schreiben!).

USELESS ist kein Erzeugnis im Sinne des Presserechts, es handelt sich hierbei um keine Veröffentlichung, sondern lediglich um einen privaten Rundbrief.

Es findet kein öffentlicher Verkauf oder Vertrieb statt.

Kontakt: [useless@riseup.net](mailto:useless@riseup.net)

Auflage 1 /      Exemplare

# inhalt:

## theorie

<b>Der Kampf beginnt in den eigenen Reihen.</b> <i>Ein Papier der Antihierarchischen Gruppe Rostock (AHGRO)</i>	<b>04</b>
<b>AHGRO und unkritische Theorien</b> <i>Ein Kommentar von besserscheitern</i>	<b>07</b>
<b>„Niemand hat gesagt, dass es einfach sein würde“</b> <i>Ein Statement der Antifa Rostock</i>	<b>09</b>

## nazi-scum

<b>„Was für Verlierer!“</b> <i>Neuigkeiten aus der 'Frontstadt' von Red_Angel</i>	<b>12</b>
<b>An die Wahlurnen, fertig, los!</b> <i>Die Kleinstadt Neukalen, ihr Bäcker und die anstehende Wahl</i>	<b>14</b>
<b>Nachtrag: Neukalen</b> <i>Neukalen nach der Wahl</i>	<b>15</b>
<b>Die Abenteuer des "Mister Mecklenburg"</b> <i>Vom Kameradschaftsaktivisten zum schönsten Sohn des Landes</i>	<b>16</b>
<b>The Yearly Soap – VII</b> <i>Über den siebten Naziaufmarsch in Neubrandenburg, der eigentlich bereits der achte war.</i>	<b>18</b>
<b>Autonom im Gleichschritt</b> <i>Eine Nachbetrachtung zum Naziaufmarsch, den „Autonomen Nationalisten“ und dem „Mythos Neubrandenburg“</i>	<b>20</b>
<b>Peter on Tour</b> <i>NPD-Multifunktionär Peter Marx tritt im kommenden September zur Oberbürgermeisterwahl in Schwerin an</i>	<b>23</b>
<b>Soziale Gerechtigkeit ist grenzenlos!</b> <i>Eine Auseinandersetzung mit der NPD-Kampagne „Sozial geht nur National“ und der Nazidemonstration in Güstrow</i>	<b>26</b>

## back in the 90s

<b>»Grevesmühlener Prozessklärung«</b> <i>Erklärung einer Angeklagten nach der Grevesmühlener Demo 1996</i>	<b>28</b>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------

# Der Kampf beginnt in den eigenen Reihen.

Ein Papier der Antihierarchische Gruppe Rostock (AHGRO) welches seit dem 09.07.2007 auf deren Blog unter [ahgro-info.blog.de](http://ahgro-info.blog.de) abrufbar ist und seine bisher größte Beachtung erstaunlicherweise im Verfassungsschutzbericht MV 2007 fand.

Die Antihierarchische Gruppe Rostock (AHGRO) hat sich im autonomen antifaschistischen Raum Rostocks zusammengefunden, um auf die subtilen Fehlentwicklungen der Bewegung, die seit längerem an Motivation und Dynamik der Szene nagen, und auf die aktuellen Ereignisse der letzten zwei Wochen aufmerksam zu machen bzw. Stellung zu beziehen und diese von anderen Gruppen einzufordern und zur innerlinken Diskussion und Auseinandersetzung anzuregen.

Es muss sofort eine Möglichkeit der ernst gemeinten Problembesprechung geben und innerlinke Verständigung angeschoben werden!

## **Hierarchische Tendenzen in antihierarchischen Räumen – Widersprüchen auf's Maul**

Hierarchische Strukturen sind das erhaltende Prinzip von Staat und Gesellschaft. Aufgrund des hohen Grades an Komplexität ist die Bedeutungsordnung von Macht von oben nach unten notwendig. Neben dem kapitalistischen Kommando, das uns sagt, wann und wie viel wir zu arbeiten hätten, zwingen uns soziale und gesetzliche Bestimmungen in ein angepasstes Verhalten. Statt Autonomie im Denken und Handeln, können wir nur noch zwischen Gehorsam und Ungehorsam wählen. Linke Kritik greift hier an den

Konzepten von Herrschaft und Normierung an, indem wir unsere Beziehungen selbst gestalten wollen. Mensch will sich von der undemokratischen und elitären Art und Weise des Zusammenlebens und –wirkens lösen. Bei politischer Arbeit will mensch nicht immer auf die Produktivität von Treffen achten, die Funktionalität von autoritär geführten Arbeits- und Informationsstrukturen kritisieren dürfen oder mal linkem Idealismus Platz lassen, als Diskussionen nach ihrer strategischen Zweckmäßigkeit sinnvoll zu finden.

Als Teil des linken antifaschistischen Spektrums setzen wir uns selbst den Anspruch einer egalitären Gesprächs- und Handlungskultur, wonach es keine Bedeutungsordnung innerhalb der Organisationsstruktur geben sollte. Das Konsensprinzip neben der Offenheit für alle Beiträge und die Transparenz innerhalb der Diskussion als Kriterien sind grundlegende Momente der politischen Zusammenarbeit innerhalb und zwischen Gruppen.

Jedoch verfällt die Rostocker Szene wie so häufig auch anderswo in autonomen Räumen in die reale Hierarchisierung zurück. Anstatt wie im parlamentarisch-sozialen Bereich bilden sich hier keine sichtbaren, sondern informelle Hierarchien. Das beginnt bei fehlendem Respekt untereinander, Rededominanz, CheckerInnen-

verhalten bei einzelnen Aktionen, das Verwerfen von bereits gefassten Beschlüssen durch Einzelne bis hin zur fehlenden Transparenz betreffend dem Informationsfluss bzw. der Besetzung von wichtigen organisatorischen Positionen, denen mensch dann blind vertrauen soll.

Dadurch, dass einzelne Leute oder Gruppen „die Sache im Griff“ haben, wird der Entscheidungs- und Handlungsraum vieler begrenzt und führt zur wachsenden Passivität statt Eigenverantwortung der restlichen Szene. Mensch wartet, trotz dessen mensch sich der Kritik an solchen Mechanismen bewusst sein sollte und spontan agieren könnte, geduldig auf das OK „von oben“, um handeln zu können. So wird die politische Dynamik im Allgemeinen oder auch ein situationsspezifisches „he, das versuchen wir jetzt einfach mal“ ausgebremst. Wie soll denn eine gesellschaftliche Befreiung möglich sein, wenn die herkömmlichen Denkstrukturen und gesellschaftlichen Kategorien in eigenen Räumen weder hinterfragt noch gebrochen werden?

Um eine lebendige und aktionistische Szene vor Ort aufrecht zu erhalten, müssen sich bestimmte Leute dieser Tendenzen bewusst werden, ihr Verhalten reflektieren und sich von der „Häuptlingspolitik“ und

den Willen immer alles kontrollieren zu wollen, verabschieden, um die eigenständige politische Entwicklung gerade unerfahrener oder jüngerer Leute nicht vorweg zu nehmen. Engagement in autonomen Räumen sollte doch sensibel gestaltet und von einem Füreinander geleitet sein und nicht zu einem Durchboxen eigener politischer Vorstellungen verkommen. Wenn doch, willkommen in der parlamentarischen Politik...

Entscheidungen werden weder rationaler noch konstruktiver gefällt, nur weil Wenige den Prozess durch Redegewalt, Pochen auf ihren politischen Erfahrungsschatz oder strategisches Strippenziehen richtungsweisend bestimmen. Emanzipation und Partizipation aller sollen keine inhaltsleeren Floskeln werden, sondern im eigenen Raum gelebt werden!

### **Revolutionärer Antifaschismus versus Bewahrender Antifaschismus**

#### **- Frieren dir die Finger oder hast du was gegen Nazis?**

Linke politische Arbeit beinhaltet gewiss das Ziel eine breite Öffentlichkeit und Glaubwürdigkeit zu erreichen, daher ist eine Kooperation mit Teilen der bürgerlichen Bewegung nicht ablehnenswert oder heuchlerisch. Jedoch muss sich die zwiespältige Bedeutung ziviler Öffentlichkeit immer bewusst gemacht werden. Zwar ist sie Gegenstück zur staatlichen Öffentlichkeit, ermöglicht politische und soziale Emanzipation, aber gleichzeitig ist sie erhaltendes Prinzip für jedes nationale Gefüge und damit Grenzzieherin für partizipative Ansprüche und Formen von Protestkultur.

Daher halten wir den Glauben an eine Politisierung der zivilen Gesellschaft durch das Prinzip des Bewahrenden Antifaschismus für naiv. Das Ziel linker Hegemonie ist nicht ein Bewahren der bürgerlichen Demokratie oder diese zu verteidigen gegenüber faschistischen Gruppierungen, sondern ein Verschieben gegenwärtiger sozioökonomischer Kräfteverhältnisse. Ein revolutionärer Antifaschismus will dagegen herrschende Institutionen mit ihren politischen Projekten nicht unterstützen, sondern Alternativen fern der Politik des Establishments erschließen. Kann eine grundlegende Veränderung von gesellschaftlichen Verhältnissen durch die Verteidigung des gegenwärtigen Systems auf zivilpolitischer Ebene geschehen?

Ein revolutionärer Ansatz hat zum Ziel die Bürgerlichkeit in ihrem Verständnis nicht zu bestärken, sondern durch klare Kritik der Verhältnisse gesellschaftliche Widersprüche zuzuspitzen, auch durch Protestformen, die energisch und militant konfrontieren statt zu vermitteln. Statt eines einseitigen interventionistischen Anspruchs, wollen wir gleichzeitig eine entschlossene Gegenmacht darstellen, die nicht akzeptierend ihre Rolle im Spektrum des liberalen Pluralismus einnimmt. Das Bestreben und Erreichen von einem positiven Bild antifaschistischen linken Engagements in der zivilen Öffentlichkeit darf nicht verwechselt werden mit nachhaltigen Veränderungen des neoliberalen Systems. Die politische Arbeit innerhalb ziviler Bürgerlichkeit, um so eine Wirkung in Institutionen zu erlangen, darf nicht die einzige Perspektive sein. Das Konzept, durch gute Argu-

mente und moralische Stärke eine linke Hegemonie zu etablieren, vernachlässigt eindeutig die Macht- und Eigentumsfrage. Durch Proarbeit sind emanzipatorische Inhalte gegenwärtig breiten Kreisen der Bevölkerung nicht vermittelbar. Unser Ziel ist etwas zu riskieren, statt zu bewahren! Autonome Räume sind nicht zum Wohlfühlen, sondern zum Kämpfen da!

### **Antifaschismus ist revolutionär - nicht wählbar!**

Der Kampf gegen Sexismus, Rassismus und Antisemitismus am Rande und in der Mitte der Gesellschaft, verläuft nicht im Rahmen der real existierenden Demokratie. Die Antifa ist nicht Teil der freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Mit Sorge erkennen wir, wie antifaschistisches Engagement und Tatendrang bewusst für pro-bürgerliche und zivilgesellschaftliche Arbeit instrumentalisiert wird.

Im Rückblick muss gesagt werden, dass die "Keine Stimme den Nazis" Kampagne eindeutig auf die Stärkung von Zivilgesellschaft ausgerichtet war. Der Titel der Kampagne beinhaltet bereits den Aufruf, sich an Wahlen und Parlamentarismus zu beteiligen und damit zu legitimieren. Ziel war es, Leute an die Wahlurnen zu schicken und Parteien mit Ausnahme der NPD zu wählen. Weiterhin war die Aktivierung von Jugendlichen bezweckt, welche sich selbständig in die Kampagne einbringen und somit Parlamentarismus mittragen sollten. Die Ausrichtung der Kampagne und das Engagement von Antifagruppen und AntifaschistIn-

nen, war akzeptabel vor dem Hintergrund, dass die Parteienlandschaft nicht in der Lage und nicht Willens war, der NPD etwas entgegenzusetzen. Geschweige denn - dass die Träger des Parteiensystems auch nur die Gefahr eines Einzuges und dessen Folgen in ihren gesamten Ausmaßen erkannten. Die "Keine Stimme" - Kampagne hatte somit eine Existenzberechtigung aber keinen Allgemeinvertretungsanspruch für antifaschistischen Aktionen.

„Altbewährte“ antifaschistische Aktionsformen fanden kaum bis gar nicht statt, so dass die Frage "Was macht denn die Antifa?", durchaus berechtigt war. Nicht ein Infostand der NPD wurde auch nur versuchsweise angegriffen; nicht einmal in Rostock, obwohl wir mehr als die nötigen personellen Ressourcen zur Verfügung hatten. Stattdessen wurde sich darauf beschränkt, das Kampagnen-Auto vor dem Infostand verrecken zu lassen. In der konkreten Situation des ersten NPD Infostandes ohne Polizeischutz in der Südstadt, wurde mit dem Einschreiten der Kampagne, ein möglicher Angriff auf den Infostand verhindert.

Militante Aktionen blieben planlos und vereinzelt. Der Angriff auf das Auto David Petereits bildet eine glanzlose Ausnahme. Wieso wurde direkten Aktionen der Raum entzogen? Wieso wurde die Frage der militanten Aktion in Rostock und MV nicht ausreichend diskutiert?

Selbst die typische Antifademo, mit radikalem Auftreten geriet ins Kreuzfeuer und musste sich der friedlichen Kampagne unterordnen. In der Debatte um das Erscheinungsbild der Kampagnen-Demonstrationen zeig-

te sich bereits die vorprogrammierten Differenzen, welche zuvor nicht hinreichend diskutiert wurden. Die Frage, warum Antifagruppen im ganzen Bundesland BürgerInnendemonstrationen durchführten, ist berechtigt. Wir glauben, das diese Bürgerdemonstrationen den TeilnehmerInnen entschlossenes Auftreten nicht nur in dieser Situation versagten, sondern nachhaltig revolutionären Antifaschismus in MV behindert.

Auch mit der bürgerlichen Ausrichtung haben wir nicht mehr als das übliche Spektrum mobilisieren können.

Denjenigen die ihre Antifa-Arbeit allein in solchen Kampagnen sehen, müssen wir empfehlen in einen parteilichen Jugendverband einzutreten, um zukünftig bereits existierende Kampagnen wie "Endstation Rechts" zu unterstützen und qualitativ aufzuwerten oder aber bestehende Initiativen wie „Netzwerk für Demokratie und Courage“ oder „Bunt statt Braun“ personell wie inhaltlich zu verstärken. Dort ist der Ort für zivilgesellschaftliches Engagement und für proparlamentarische und systemerhaltende Arbeit.

### **Nazis sind nicht zum Streicheln da - Let's rock them wirklich mal hard**

War die Kampagne des Jahres 2006 eine strategische Entscheidung und somit formal einmalig, müssen wir nun feststellen, dass bei dem antifaschistischen Widerstand und Protest um den Naziladen "East Coast Corner" ähnliche Tendenzen deutlich werden.

Noch einmal, wir wollen keinen zivilgesellschaftlichen Firlefanz, sondern einen revolutionären

Antifaschismus, d.h. in diesem Fall den Naziladen so schnell wie möglich mit allen Mitteln dichtmachen.

Den bisher unausgesprochenen Dissenz sehen wir an konkreten Punkten.

Der Wunsch nach einer schmeichelhaften Berichterstattung bürgerlicher Medien, darf antifaschistische Aktionsformen nicht im Vorfeld zensieren.

Zudem sei hier festgestellt, dass die friedliche Spontademo zur Ladeneröffnung mit einem Dreizeiler in der OZ kommentiert wurde. Die zweite Meldung erfolgte erst nach dem nächtlichen Übergriff auf zwei Anwohner. Hier wurde Thors ten de Vries zitiert und die Opfer als mutmaßliche Straftäter dargestellt. Erst nachdem sich über 50 Entschlossene zu einer militanten Antwort entschlossen und den Laden angriffen sowie sich vor der Polizei verteidigten, nahm der Laden einen entsprechenden Platz in den regionalen Medien ein und wurde zum Thema für Organisationen und Parteien.

Militanz hat die RostockerInnen aufmerksam auf das Problem gemacht. Ein Scheiß darauf, dass die Spontidemo beim KTV-Fest als Straßenschlacht von Autonomen umgedeutet wurde, das allein hat erst die überregionalen Medien auf den Plan gerufen. Insofern waren die "Randale" eine "gute Presse".

Natürlich haben wir nichts gegen Bündnisse, aber zu unseren Bedingungen, denn Leute: wir sind die Antifa! Wir können uns nicht nach möglichen Bündnispartnern richten oder ihnen nach dem Mund reden. Hier muss gesagt werden, dass Organisationen die sich mehrfach gegen uns gerichtet haben, uns boykottierten, behin-

dernten, vereinnahmten und dif-famierten, keine Bündnispart-ner mehr sind und es erst dann wieder sein können, wenn sie unsere Positionen vertreten. Die Debatte darüber, ob Bunt statt Braun bei uns Rederecht erhält oder nicht, ist in diesem

Kontext mehr als peinlich. Daher sollte es auch nicht möglich sein, dass wir unsere Aktionsformen von denen ab-hängig machen, die wir einge-laden haben. In dem konkreten Fall der Antifademo vom 7.7. stand mit der Entscheidung zu

der Demo fest, das wir den Na-ziaufmarsch verhindern wollen. Wie kann es sein, das nach-dem in bürgerlichen Medien unsere Antifademo bereits ver-einnahmt wurde, wir noch über Presse reden, anstatt über die eigentliche Aktionsform?

## AHGRO und unkritische Theorien

Ein Kommentar von besserscheitern (besserscheitern.wordpress.com) vom 18.07.2008 zum Papier der Antihierarchischen Gruppe Rostock

Es beginnt mit einer unlogi-schen aber selbstbewusst vor-getragene These und wird dann im Folgenden nicht weni-ger konfus. Im Diskussionspa-pier der Antihierarchischen Gruppe Rostock soll Kritik ge-übt und damit eine Debatte über die Szeneaktivitäten in Rostock angestoßen werden.

Beim Lesen des Papiers ent-steht jedoch der Eindruck, dass es sich mindestens um zwei Positionen handelt, die in ver-schiedenen Papieren hätten verarbeitet werden müssen. Während der erste Teil unheim-lich gestelzt sehr gewagte The-sen zu informellen Hierarchien und Szenegebaren auf den Tisch packt, wird im zweiten Teil mehr oder weniger deutlich dafür plädiert doch öfter mal zuzuhauen.

Die Tatsache, dass es Hierar-chien und Hierarchisierungen gibt, ist erstmal keine beson-ders tieferschürfende Analyse-leistung. Sollen diese allerdings als Schlüssel dienen, um ein Deutungsmodell für die Ver-fasstheit gesellschaftlicher Ver-hältnisse zu entwickeln, so soll-te es nicht einfach dabei belas-sen werden, die Tatsache fest-

zustellen, sondern dargestellt werden, woraus sich diese er-gibt bzw. geklärt werden inwie-fern dieser Zustand notwendig so ist. Stattdessen verstrickt sich die Ahgro bereits im zwei-ten Satz in Undeutlichkeiten. So ist nicht klar aufgrund wes-sen Komplexität eine „Bede-utungsordnung von Macht von oben nach unten“ notwendig ist. Auch die anschließende Darstellung bleibt bestenfalls undeutlich. „Kapitalistisches Kommando“ sowie „soziale und gesetzliche Bestimmungen“ sind es demnach welche die In-dividuen in ihrem Denken und Handeln in die Alternative von Gehorsam oder Ungehorsam zwingen. Wird der Zwang zu Wertverwertung so personali-siert verstanden, wie es das Ahgro Papier nahe legt, so ste-hen der fetischistischen Revol-te gegen das Kapital keine Hin-dernisse mehr im Weg. Ver-nünftigerweise hätte hier eine materialistische Kritik die ge-genseitige Bedingung von Staat und Kapital aufzeigen sollen. Die Fremdbestimmung unter den Bedingungen kapita-listischer Vergesellschaftung lässt sich nicht, wie Ahgro es behauptet, durch die Ausge-staltung „unserer Beziehungen“

bekämpfen. Die Heteronomie ist nicht in einem subkulturellen Spektrum zu überwinden. Wer dies wie die Ahgro glaubt, be-weist einmal mehr die Bedeu-tung des Begriffs „Automati-sches Subjekt“ nicht verstan-den zu haben. Die Fremdbes-timmung liegt in der Ver-schleierung der Funktionsweise des Warentausches, in dessen Fetischcharakter begründet. Die Menschen haben keine Wahl sich von dieser Logik zu befreien, selbst wenn sie diese durchschaut haben.

„Auch der schärfste Kritiker muss sich in der kapitalakku-mulierenden Gesellschaft feti-schistisch verhalten, selbst wenn er aufgrund seiner Kritik kein fetischistisches Bewusst-sein im Sinne des Waren-, Geld- und Kapitalfetischs hat. Allein die Tatsache, dass sich die Dinge zur Bedürfnisbefriedi-gung in der Form von Waren befinden und, so man nicht mit dem organisierten Gewaltmo-nopol in Konflikt geraten möch-te, bezahlt werden müssen, nö-tigt auch den Kritiker der feti-schistischen Verhältnisse zu ei-nem fetischistischen Verhalten, indem er Geld benutzen muss und jenen Akt, in dem völlig in-

kommensurable Dinge miteinander gleichgesetzt werden, immer aufs Neue vollziehen muss.“ (<http://www.jungle-world.com/seiten/2007/25/10170.php>)

„In unseren Beziehungen“ können „wir“ uns netter verhalten, wenn „wir“ versuchen einander anerkennend zu behandeln. Das ist allerdings auch schon alles was der Kampf gegen Hierarchien innerhalb einer Subkultur erreichen kann.

Interessanter als die Einlassungen zu Hierarchien ist ohnehin das sich im Weiteren offenbarende Verhältnis zur Antifaszene in Rostock. Die im Text be-

mühte Floskel des revolutionären Antifaschismus kann dabei allerdings ebenfalls ruhig überlesen werden. Der Text schafft es nicht klarzumachen, wie der revolutionäre Aktivismus aussehen soll, das heißt in welchem Verhältnis für die Ahgro Antifa Bewegung und Gesellschaft stehen. Diese Unschärfe lässt dann auch den Bezug auf Militanz und Aktionismus fragwürdig erscheinen. Unklar ist in welchem Kampf militanter vorgegangen werden soll und zu welchem Ziel die Kämpfe führen sollen. Auch dem spektakulären Charakter von gewaltätigem Aktionismus wird der Text darüber hinaus auch nicht gerecht.

Ein Diskussionspapier für die Rostocker Szene nach dem G8 Spektakel hätte sich tatsächlich mit der Bedeutung von Militanz und Gewalt zu beschäftigen. Da die Betrachtung von Gewalt auch das Verhältnis von Bewegung und Gesellschaft thematisieren muss (zumal wenn mit Floskeln wie revolutionärer Antifaschismus gearbeitet wird), kann es dabei allein nicht bleiben. Unerlässlich bleibt eine vernünftige Gesellschaftskritik, die sich ernsthaft mit kapitalistischer Vergesellschaftung auseinandersetzt und aus dieser Analyse die Notwendigkeit ihrer eigenen Kritik ausweisen kann.



# „NIEMAND HAT GESAGT, DASS ES EINFACH SEIN WÜRD“

Ein Statement der Antifa Rostock zum Papier der Antihierarchischen Gruppe Rostock (Ahgro) „*Der Kampf beginnt in den eigenen Reihen*“ vom 08.07.2007.

Das Papier der Ahgro reißt durchaus eine Reihe von Aspekten an, die für eine inhaltliche Debatte der Antifaszene in Mecklenburg Vorpommern interessant sind. Das Fehlen eines konsistenten Argumentationsfadens verunmöglicht es eine konstruktive Kritik des Ahgro Papiers entlang des Textes selbst zu unternehmen. Dass betrifft insbesondere die Aussagen, die hier zum Thema Hierarchie innerhalb der Linken getroffen werden. Wir werden daher fragmentarisch auf jene Aspekte eingehen, die uns wichtig erscheinen.

Das Diskussionspapier hinterlässt über weite Strecken den Eindruck als wüssten sich die VerfasserInnen die Linke in MV möge, wenn nicht zu einer homogenen Masse, so doch zu einer angenehm kuscheligen Ersatzfamilie werden. Die Ahgro schreibt beispielsweise: *„Emanzipation und Partizipation aller sollen keine inhaltsleeren Floskeln werden, sondern im eigenen Raum gelebt werden!“*. Es kann nur darum gehen, sich die Formen der Partizipation an der Gesellschaft bewusst zu machen, um ein realistisches Bild vom eigenen Verhältnis als Linke zur Gesellschaft zu erhalten. Die Emanzipation für die wir kämpfen soll eine allgemeine sein, und nicht als subkultureller Code auf eine marginale Eigengruppe beschränkt werden. Solcherlei

Kollektivismen stehen wir ablehnend gegenüber; seien sie reale Wahrnehmung oder auch nur Forderung. Emanzipation ist mit kollektivistischem Denken nicht vereinbar. Das idealisierte Kollektiv als Gegenentwurf, der auch von Ahgro gefürchteten Vereinzelung, dient einer ganz und gar nicht-emanzipatorischen Vergewisserung des eigenen Selbst über die gemeinschaftliche Identität. Das kuschelige Kollektiv der Subkultur soll den Skandal der Entfremdung im Kapitalismus kompensieren helfen. Tatsächliche Befreiung verlangt aber eine Reflexion über die Möglichkeit von Individualität.

Ebenfalls sehr zwiespältig erscheint der ungebrochene Bezug auf Aktionismus und Militanz. Diese können nur Mittel antifaschistischer Politik sein, nicht aber deren Zweck. In Hinblick auf Militanz als Mittel, ist es gerade durch die Erfahrungen der medialen Aufarbeitung spektakulärer Gewalt während des G8 angebracht, die Bedeutung dieser zu reflektieren. Gewalt als Mittel hatte für Walther Benjamin unter den Bedingungen der bestehenden Verhältnisse entweder einen rechtsetzenden oder rechterhaltenden Charakter. In dieser <http://www.antifainfo.de/cms/Deutung> ließe sich die Gewalt der neonationalsozialistischen Horden als Versuch deuten, ein neues Recht, eine neue gesellschaftliche Ordnung einzusetzen.

Jede Tat, insbesondere jede Straftat von Nazis ist ein Ausdruck ihres Kampfes gegen die Demokratie und die mit ihr verbundenen Freiheiten. Der bestehenden Gesellschaft wird in jeder Form von Nazigewalt ein Konflikt aufgezwungen, der wären die Nazis stark genug, zu einer neuen gesellschaftlichen Realität führen könnte. Demgegenüber reagiert der Staat mit allen ihm zu Verfügung stehenden Mitteln, sprich mit aller ihm zur Verfügung stehenden Gewalt.

Als direkte, unmittelbare Konfrontation mit einem politischen Gegner ist antifaschistische Gegenwehr eine widersprüchliche Mischung sowohl rechtserhaltender als auch potentiell rechtsetzender Gewalt. Indem Antifas mit militanten Aktionen versuchen den Handlungsspielraum von Nazis einzudämmen, kämpfen sie direkt gegen eine Gruppe, welche mittels Gewalt die Demokratie abschaffen will bzw. im Moment gewalttätigen Agierens das Monopol des Staates auf die Ausübung von Gewalt in Frage stellt. Gleiches gilt allerdings für alles unter dem Begriff der Militanz von der Gruppe Ahgro geforderte. Augenfällig wird dies am Slogan „Antifa heisst Angriff“. Letzterer mag auf die Nazis zielen, er stellt zugleich aber auch das Gewaltmonopol des Staates in Frage. Mit dieser Problematik muss sich eine radikale Gesellschaftskritik beschäftigen.

In diesem Sinne wird deutlich, weshalb sich der Ausspruch vom „revolutionären Antifaschismus“ als Phrase entpuppt. Antifaschistische Militanz als direkte unmittelbare Konfrontation mit einer anderen Gruppe, verlässt nicht die von Ahgro unter dem Stichwort der Hierarchien angerissene, aber unverstanden gebliebene Grunddynamik gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Menschen sind, auch wenn sie sich in Gegnerschaft zur bestehenden Ordnung setzen wollen, weiterhin in dieser gefangen.

Der bürgerlichen Subjektivierung lässt sich dementsprechend nicht einfach per individuellen Willensentschluss entfliehen. Dies verheißt allerdings das Papier der Ahgro, wenn sie von autonomen Räumen schreibt. Für uns ist antifaschistische Theorie und Praxis vor die Forderung gestellt, sich keine Illusionen über die systemsprengende Wirkung von subkulturellen Nischen hinzugeben. Die so genannten linken Freiräume haben ihre Berechtigung, allerdings höchstens im Sinne einer Infrastruktur. Autonome Räume, in dem von Ahgro behaupteten bzw. gewünschten Sinne, gibt es nicht, nicht einmal in Nordkorea, schon gar nicht in Mecklenburg-Vorpommern! Was „Freiräume“ sind und was nicht, hängt nicht vom Wollen der AktivistInnen ab, sondern wie alles andere auch von den Regeln des Marktes. Wird der so genannte autonome Raum in einer anderen Weise und zwar als Beziehungsraum verstanden, so weisen wir dennoch den Glauben zurück, sich einfach durch die Annahme subkultureller Codes von der bürgerlichen Subjektconstitution

emanzipieren zu können. Es gilt für eine Linke in Mecklenburg Vorpommern sich der besonderen gesellschaftlichen Situation bewusst zu sein, in der die eigene Praxis ausgeführt werden soll. Dies bedeutet eine kritische Überprüfung der zivilgesellschaftlichen Strategien. Oft genug zeigt sich, dass es insbesondere in den Kleinstädten und Dörfern, wenn überhaupt, dann nur eine marginale Zivilgesellschaft gibt.

Für die Ahgro besteht ein Ziel der Antifapaxis darin, eine linke Hegemonie zu erlangen, die zu einem „*Verschieben gegenwärtiger sozioökonomischer Kräfteverhältnisse*“ führen soll. Wir wollen kein Kräfteverhältnis verschieben, sondern die radikale Negation des Bestehenden. Wir beziehen uns kritisch auf die bestehenden gesellschaftlichen Zustände. Dass heißt, wir verstehen den gegenwärtigen Zustand als einen unbefriedigenden Zustand von fortdauernder Fremdbestimmung. Diese Fremdbestimmung betrifft in unterschiedlichem Ausmaß alle Menschen. Sie resultiert nicht in erster Linie daraus, dass es hierarchische Organisation von Machtverhältnissen gibt, sondern aus den Logiken des Warentauschs, denen die Menschen noch immer ohnmächtig gegenüberstehen. Die offenkundigste Manifestation von hierarchisch organisierten Verhältnissen stellt sicherlich das Gewaltmonopol des Staates dar. Der Staat ist deshalb nicht gleich das Hauptproblem. Als Garant von Rechtssicherheit und Reproduktionsmöglichkeiten seiner Bürger ist er vielmehr eine Notwendigkeit, die zum Warentausch hinzutritt und ihn auf Dauer absichert. Der Kapitalis-

mus hat im letzten halben Jahrhundert entscheidende Wandlungen vollzogen. In den westlichen Gesellschaften führte dies zu einer enormen Entwicklung von neuen Freiheiten. Einige dieser Freiheiten verkehren sich heute in neue Unfreiheiten, andere werden einfach wieder abgeschafft. Die fortbestehende Fremdbestimmung liegt in der Unmöglichkeit begründet, sich in einer entwickelten Gesellschaft nicht-kapitalistisch zu verhalten, dass heißt sich den paradoxen Entwicklungen von Freiheitsgewinnen und -verlusten zu entziehen.

Die mal regressiven mal reformistischen Revolten gegen das Kapitalverhältnis offenbaren in verschiedener Art und Weise, wie vermeintliche Rebellionen gegen das Bestehende zu verschiedenen Formen der Partizipation führen, die die Fremdbestimmung durch Kapital und Staat verlängern.

Die unerbittlichste Forderung mit diesem zu brechen ergibt sich aus der Besinnung über die fetischistische Revolte, welche in Deutschland zum Massenmord führte. In der Überzeugung, dass es möglich ist, in der Kritik an der Gegenwart eine ganz andere Gesellschaft dennoch in vagen Umrissen fassen zu können, liegt die Motivation begründet, nicht nur Zustände zu benennen die uns stören, sondern dafür zu kämpfen, dass diese abgeschafft werden. Dabei machen wir uns keine großen Hoffnungen, dass „die Bewegung“ oder irgendwelche von ihr zu erkämpfenden Freiräume etwas Grundsätzliches an den gesellschaftlichen Bedingungen ändern.

Antifaschismus hat vor umfassender Gesellschaftskritik den Vorteil einen unmittelbaren

Gegner anzubieten. Die radikale Negation des Bestehenden lässt sich nicht durchs „dem System auf's Maul hauen wollen“ realisieren ebenso wie man den Staat nicht erschießen kann. Das entschlossene Engagement gegenüber den Umtrieben der Nazis kann allerdings sehr wohl mit Gewalt ausgetragen werden. Die praktisch werdende Kritik, die das was ist, als unwahr erweist, indem sie es verändert, ist heute vor die Aufgabe gestellt, die Reflektion der Ohnmacht vor dem falschen Ganzen in sich

aufzunehmen. Unterlässt sie dies, findet sie sich wie die Ahgro innerhalb eines Geschehens wieder, das als Ganzes abgeschafft gehört, von der unkritischen Kritik jedoch nur wieder verlängert wird. Soll es um „mehr als nur „gegen Nazis“ gehen, so ist eine Kritik der bestehenden Verhältnisse gefragt.

Gerade dort wo die Barbarei der Nazis die Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Alltags noch übertrifft, hat ein Antifaschismus, der diese Nazis entschlossen zurückdrängt, eine

Berechtigung. Antifaschismus ist schon der Logik seines Begriffs nach nicht revolutionär - es sei denn im Sinne einer in MV wirklich dringend notwendigen bürgerlichen Revolution -, sondern defensiv. Die bürgerliche Gesellschaft ist das bislang höchste Maß an Zivilisation, zu dem es die Menschheit gebracht hat. Wer sie nicht verteidigt wird keine Gelegenheit mehr bekommen, sie zu revolutionieren.



# „Was für Verlierer!“

Neuigkeiten aus der 'Frontstadt' von Red\_Angel, vom 08.05.2008  
auf Indymedia ([de.indymedia.org/2008/05/216632.shtml](http://de.indymedia.org/2008/05/216632.shtml))

Vom Verfassungsschutz, der Offensive der Nationalen Sozialisten Rostock, einer Spontandemo anlässlich des 8. Mai, der erste Mai in Hamburg und warum 'national befreite Zonen' (beinah) irrelevant sind...

Der neue Verfassungsschutzbericht ist da und alle sind gespannt auf das Ergebnis. Hat sich die Arbeit im letzten Jahr gelohnt? Würdigt der Verfassungsschutz die Aktivitäten der verschiedenen Antifagruppen in MV in ausreichendem Maße? Insbesondere Rostocker Antifaschisten verschlangen gierig das 'offizielle' Arbeitszeugnis. Der Kampf gegen den Rostocker Naziladen wird erwähnt, aber zu einer Sonderausgabe hat es (noch) nicht gereicht. 50 Autonome soll es seit letztem Jahr in MV mehr geben - immerhin ein Anfang, jetzt sind es schon 150. Sollte der Zuwachs anhalten wird man in fast 20 Jahren die Neonazis eingeholt haben. Es besteht also allen Grund zur Hoffnung.

Für die heimliche Hauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns scheinen bereits rosige Zeiten angebrochen zu sein. Man erreichte nicht nur bundesweit Aufmerksamkeit, sondern auch einen signifikanten Zustrom zur linken Szene. Schwierig dagegen die Stärke der Neonazis einzuschätzen. Zwar herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass man in der Hansestadt allenfalls von vereinzelt organisierten Neonazis sprechen kann und auch das Mobilisie-

rungspotential der Neonazis zu den ECC-Demos ließ stark zu wünschen übrig. Dennoch gab und gibt es zahlreiche mahnende Stimmen. Denn weder ist der Neonaziladen bisher weg, noch ist Rostock weit davon entfernt eine linke Hochburg zu sein.

Ausgerechnet die Naziszene sieht Letzteres völlig anders. So tauchten jüngst Aufkleber auf, auf denen die 'Nationalen Sozialisten Rostock' verkünden: "Antifa es ist soweit - Wir holen uns unsere Stadt zurück". Dies ist bemerkenswert, schließlich wurde Rostock immerhin zur Frontstadt erklärt, eine Stadt also die unter keinen Umständen fallen darf. Glaubt man den Nazis ist dies offensichtlich bereits geschehen. Die rechten Kämpfer scheinen aber nun zum alles entscheidenden Kampf auszurücken. Erst kürzlich marschierte ein Dutzend wackerer Volksgenossen blitzschnell des nächstens durch die Innenstadt. Auch zum 8. Mai verklebten sie wieder zahlreiche Flyer, waren aber sonst am 'Tag der Schmach' nicht gesehen.

Derweil demonstrierten annähernd 100 Antifaschisten durch die Innenstadt. Mehr als eine Stunde zog die Demonstration, von der Polizei weitgehend unbehelligt, durch die Straßen. Nur am 'East - Coast - Corner' wurde die Polizei etwas hektisch als der Pulk die Doberaner Straße herunterstürmte. Es blieb jedoch alles friedlich

und somit bestand kein Grund zur Besorgnis.

Sorgen müssen sich die Nazis dagegen insgesamt machen. Allein in Hamburg am 1. Mai gab es mehr Gegendemonstrationen als auf allen Nazidemos bundesweit zusammen. Nachdenklich müsste die Szene eigentlich auch stimmen, dass es ihnen offensichtlich in Hamburg nicht gelungen auch nur annähernd eine erfolgreiche Demonstration zu veranstalten. Allein bereits die Anreise: Die die mit Bahn kamen, mussten vorher aussteigen, weil Unbekannte Feuer auf dem S-Bahnnetz gelegt hatten. Die die mit Autos kamen, konnten teilweise nur den Totalverlust ihres 'Volkswagens' konstatieren, während Busreisende zur Rückfahrt ein Bahnticket lösen mussten. Bei der Demonstration ging es der Polizei nur noch darum die angereisten Rechtsextremisten in Richtung des nächsten Bahnhofes zu verfrachten. Wäre die Abreise auch von vor Ort möglich gewesen, die Nazis wären vermutlich kein Stück gelaufen. Sicher diese taktischen Erfolge sind vor allem auf eine völlig überforderte Polizei zurück zu führen, jedoch stellt sich auch grundlegend die Frage wie erfolgreich Neonazis insgesamt sind.

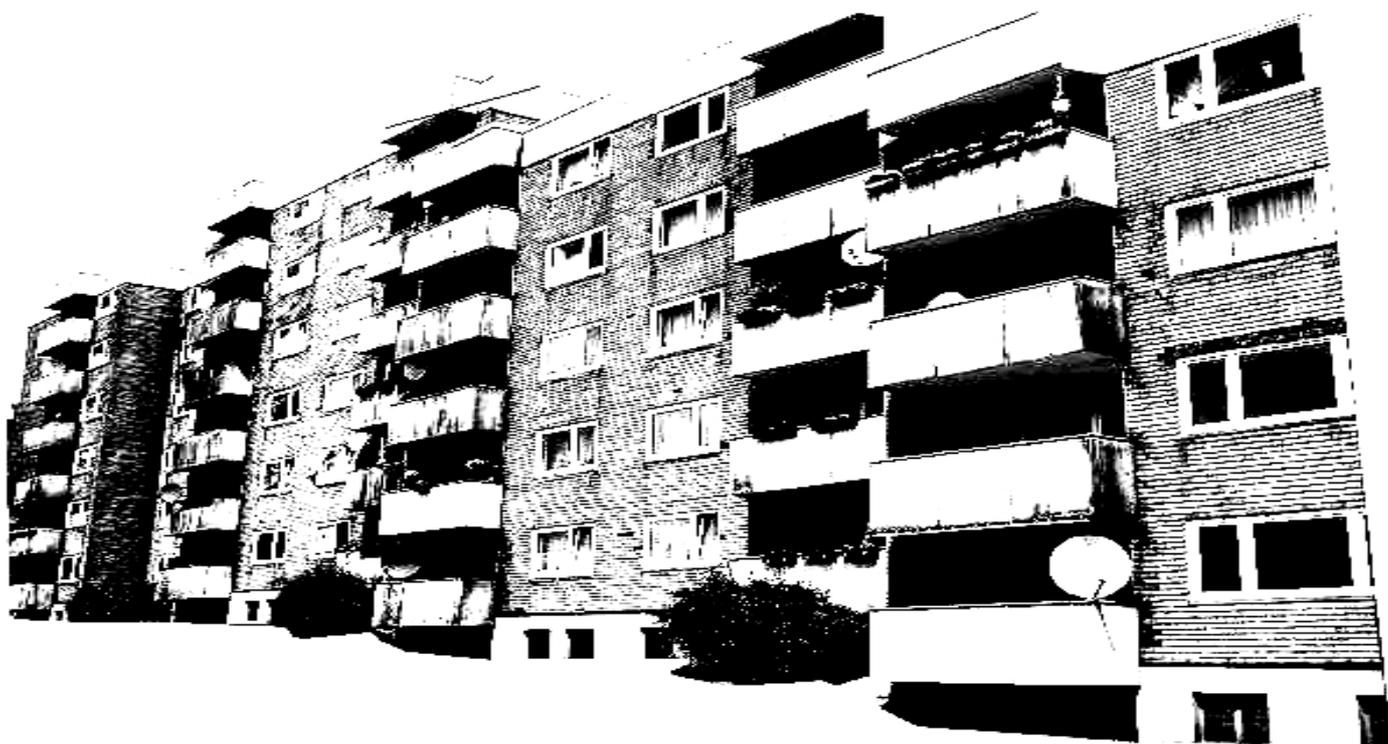
Auch nach jahrzehntelanger Kaderarbeit will sich der Erfolg im Westennicht so recht einstellen. erinnert sich noch jemand an den Beginn der 90er

Jahre, als u.a. nach den Kra-  
wallen in Rostock - Lichtenha-  
gen Befürchtungen laut wur-  
den, dass das IV. Reich unmit-  
telbar bevor steht? Im Westen  
zieht die Linkspartei in ein Lan-  
desparlament nach dem ande-  
ren ein und die neofaschisti-  
sche Parteien stehen beleidigt  
im Abseits. Ohne Frage die Er-  
folge der NPD in Sachsen und  
M-V dürfen nicht übersehen  
werden - aber wie relevant sind  
sie? Nach jeder Wahl das glei-  
che Spiel - Elendstourismus in  
die Gemeinde mit den höchst-  
en Anteil an NPD-Stimmen.  
Doch man macht sich weniger  
Sorgen um die Ausbreitung fa-  
schistische Gedankengutes.  
Der Grundtenor der Berichte:  
"Was für Verlierer!". Der Stim-  
menanteil NPD ist mittlerweile  
zu einem recht guten Grad-  
messer geworden für die Trost-  
losigkeit einiger Regionen. Wo  
die NPD gewählt wird, sitzen  
die Verlierer, die Abgehängten,

die Vergessenen.  
Ist diese Feststellung eine Ver-  
harmlosung? Vielleicht, aber  
man muss zugeben, dass die  
Neonaziszene schon lange kei-  
ne Dynamik mehr erzeugen  
kann. Stattdessen öffnet man lin-  
ken Lifestyle und linke Parolen  
hinterher. Wohl das deutlichste  
Eingeständnis, dass mit origi-  
närem 'nationaler Politik' nichts  
mehr zu reißen ist. Zwar domi-  
nieren Neonazis immer noch  
große Teile in Mecklenburg -  
Vorpommern, aber es sind  
eben genau jene Teile, aus de-  
nen jeder möglichst schnell  
weg will. Was dort übrig bleibt,  
ist gesamtgesellschaftlich  
schlicht irrelevant. Inzwischen  
hält sich sogar die Entrüstung  
in Grenzen, wenn es Vorschlä-  
ge gibt, ganze Dörfer niederzu-  
reißen, weil dort die Instandhal-  
tung der Infrastruktur kaum  
noch lohnt. Denn mittlerweile  
haben viele insgeheim begrif-  
fen, dass es Zonen gibt in Ost-

deutschland wo eh nichts mehr  
zu retten ist. Für die Leute dort  
mag dies verheerend sein. Für  
Nichtrechte Jugendliche be-  
steht dort auch zuweilen Ge-  
fahr für Leib und Leben.  
Aber lohnt sich tatsächlich ein  
Kampf um diese von der Ge-  
sellschaft bereits mehr oder  
weniger offen aufgegebenen  
Gebiete? Natürlich lohnt sich  
antifaschistisches Engagement  
an allen Orten immer und über-  
all, aber um jeden Preis? Die  
These mag vielleicht provokant  
sein, aber in diesen Gebiete ist  
solche Arbeit schlicht Perlen für  
die Säue.

Die hippen Leute ziehen eh  
über kurz oder lang in Stadt,  
zum Beispiel nach Rostock.  
Und hier war heute aus 100  
Kehlen zu vernehmen: "Hier re-  
giert die Antifa!" Und im Buch  
zur Geschichte des ECC ist  
auch noch längst nicht das letz-  
te Wort geschrieben...



# An die Wahlurnen, fertig, los!

Die Kleinstadt Neukalen, ihr Bäcker und die anstehende Wahl  
Ein Artikel vom Useless-Blog ([useless.blogspot.de](http://useless.blogspot.de))

In diesem Jahr stehen in vielen Gemeinden und Landkreisen Bürgermeister- und Landratswahlen an. Von den drei Kandidaten die die NPD in das Rennen schicken wollte, wurde nur Torsten Schmidt zugelassen, dessen Wahltermin am kommenden Sonntag in Neukalen ansteht.

## Der nette Bäcker von nebenan

Torsten Schmidt entspricht dem Stereotyp eines Osis, wie kaum ein anderer. 10 Jahre Schule, einfache Berufsausbildung. Nach der Wende arbeitete er in seiner Bäckerei, musste diese jedoch aufgeben und ist daher seit einigen Jahren arbeitslos.[1]

Gern berichtet er von der "Vertreibung" seiner Eltern aus Polen wie kürzlich in einem Interview auf der Homepage der NPD.[2] Seine Mitgliedschaft in der NPD ist eigentlich auch alles was diesen Menschen irgendwie von den anderen Insassen seines Ortes abhebt und wahrscheinlich der einzige Grund warum sich überhaupt jemand in den letzten Wochen für ihn zu interessieren begann.

## Neukalen - die letzte Stadt vor der Einöde

In Neukalen leben etwa 2100 Provinzzombies, die, wenn sie von ihrem Kaff erzählen wollen, genau zwischen zwei Dingen wählen können. Ihrem tollen Eisenbahnmuseum samt vor sich

hinrottenden Bahnhof oder aber ihrer dicken Großraumdiskothek, die neben einer "Kari-bikbar" sogar einen Oldie-Bereich zu bieten hat. Also durchaus Orte in denen Kultur stattfindet und die ab und an, sogar über Neukalen hinaus Leute aus dem Nachbardorf Altkalen anziehen. Neukalen lag 1281 übrigens noch dort wo heute Altkalen liegt. Waldemar, "Herr zu Rostock", hatte aber aus irgendeinem Grund, den die Wissenschaft heute noch nicht herausgefunden hat, keinen Bock auf die Stadt und liess sie einfach dahin verlegen, wo Neukalen heute liegt. Wie sich herausstellte, hat das nichts genützt, effektiver wäre wohl gewesen, die "Stadt" ersatzlos abzutragen.

1945 kam die rote Armee in die Stadt und zerschlug das örtliche Kriegsdenkmal, worüber man sich in Neukalen heute noch ärgert.[3] Wie nahezu überall erreichte auch hier die NPD, bei der Landtagswahl 2006, schreckliche Ergebnisse. In diesem Fall 8,7 %, was über dem Landesdurchschnitt liegt. [4]

## Und nun die Wahl?

Das schaurige Dabei ist, das Neukalen auch überhaupt gar keine Perspektive hat. Die Schule wurde vernünftiger Weise geschlossen, die Post ebenso. Torsten Schmidt meckert deshalb über die "Cliqueswirtschaft" der hiesigen Kommunalpolitiker sowie die daraus

folgende "Parteiversklavung und Cliquesknechtschaft", welche wiederum alles Geld für den "Anti-Rechts-Kampf" anstatt für Neukalen ausgeben würde.[5]

Wer sich diesen Blödsinn nicht anhören möchte hat allerdings auch keine große Wahl. Außer Torsten Schmidt stehen lediglich zwei Konkurrenten zur Wahl. Zum einen wäre da Klaus Kohls, der hier schon in der DDR Bürgermeister war und nach dem Zusammenbruch eben dieser, gehen musste. Der andere ist Willi Voß, von der CDU, der die Lücke füllt, die sein Partei-Kollege Ronald Krüger überhaupt erst hinterlassen hatte. Auch Ronald Krüger hatte übrigens keinen Bock auf Neukalen, sondern viel lieber Lust auf einen Bauernhof in Norwegen. [6]

## Fußnoten:

[1] Siehe Nordkurier-Teterow vom 27.03.2008

[2] "Der stummen Seele eine Stimme geben" ist der Titel eines Interviews auf der NPD-Webseite [www.npd-mv.de](http://www.npd-mv.de)

[3] Siehe die Homepage der "Neukalener Krähen" [www.neukalener-kraehen.de](http://www.neukalener-kraehen.de)

[4] Siehe Landeswahlleiter MV, [http://www.statistik-mv.de/index\\_lwahl1.htm](http://www.statistik-mv.de/index_lwahl1.htm)

[5] Siehe "Der stummen Seele eine Stimme geben"

[6] Siehe die Homepage des Landkreises Demmin, [www.landkreis-demmin.de](http://www.landkreis-demmin.de)

# Nachtrag: Neukalen

Eine Ergänzung vom Useless-Blog ([useless.blogspot.de](http://useless.blogspot.de)) vom 28. Mai 2008

Hiermit soll der Ausgang der Bürgermeisterwahl vom 18.05. in Neukalen nachgereicht werden, denn ein wenig überraschend war es schon. Torsten Schmidt scheiterte unerwartet deutlich am CDU-Kandidaten Willi Voß, dessen Vorgänger Ronald Krüger bekanntlich die Lust auf Neukalen ausging.

Torsten Schmidt erhielt ledig-

lich ca. 4 % der Stimmen und das bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung von etwa 50 %. Noch deutlicher drückt sich sein Scheitern allerdings in der konkreten Anzahl der abgegebenen Stimmen aus. Von 880 Wählern haben nur 35 für den NPDler gestimmt.[1] Worin die Niederlage letztendlich begründet liegt, lässt sich bisher nur erahnen. Es fehlt an repräsen-

tativen Stimmungsbildern aus Neukalen. Auch in den Zeitungen und einschlägigen Internetseiten wurde lediglich das Ergebnis berichtet.

## Fußnoten:

[1] Siehe Website des Amt Malchin, <http://www.wahl.malchin.de/0000009aa30d71009.html>



# Die Abenteuer des “Mister Mecklenburg”

Vom Kameradschaftsaktivisten zum schönsten Sohn des Landes. Ein Artikel von useless  
(useless.blogsport.de) vom 28. Mai 2008

Die “Miss Germany-Organisation” (MGO) kürte am 08. Mai diesen Jahres “Mister und Miss Land Mecklenburg-Vorpommern”. Mister Mecklenburg alias Tobias Marschke erwies sich dabei als ein echter Sohn des Landes.

Eigentlich war die Nachricht schon alt und spurlos an jeglicher Szene vorübergegangen. Doch dann tauchte auf der Naziseite “Altermedia” (der langfristig etablierte Nachfolger des kürzlich offline gegangenen Störtebeker-Netz) ein Outing auf, das Tobias Marschke als ehemaliges Mitglied der Stralsunder Neonaziszene auswies. [1]

Nun ist selbstverständlich Vorsicht geboten, da es sich hierbei um Informationen aus Neonazikreisen handelt. Zwar bestätigte sich der Wahrheitsgehalt größtenteils durch Recherchen von Endstation-Rechts, welche zum Beispiel eindeutige Fotos von Tobias Marschke aus dem Jahr 2003 veröffentlichten[2], dennoch sollte sich gefragt werden, aus welchem Grund die Stralsunder Szene ein ehemaliges Mitglied denunziert.

## Zur Vergangenheit des Tobias Marschke

Fest steht, das Tobias Marschke mindestens in den Jahren 2003 bis 2005 in der rechten Szene aktiv war und so unter

anderem als Mitbegründer des Neonazi-Schülerzeitungsprojekt “Avanti” gilt. Es existieren verschiedene Fotos von Kundgebungen in Rostock aber auch in anderen Städten auf denen eindeutig Tobias Marschke zu erkennen ist. Alles weitere scheint jedoch an den Haaren herbeigezogen. Wird bedacht, das Marschke heute lediglich 20 Jahre alt ist und 2003 bestenfalls 16 gewesen sein kann, wirken die Äußerungen auf Altermedia, welche Marschke als “Hardliner” beschreiben eher lächerlich. Was dort hochtrabent als “Mitorganisator und Teilnehmer etlicher Verteilaktionen” bezeichnet wird, erweckt den Eindruck, hier auf Biegen und Brechen Tobias Marschke zum ausgestiegenen Führungskader hochstilisieren zu wollen.

## Warum das Outing?

Der weitere Werdegang Marschkes gestaltete sich jedoch wesentlich positiver, so verabschiedete er sich allem Anschein nach Ende 2005 aus der aktiven Neonaziszene, wurde Bundeswehrsoldat auf Zeit und begann sich für Popkultur zu interessieren, was schließlich dazu führte, das er sich an Schönheitswettbewerben beteiligte.

Obsich allerdings auch seine Weltanschauung änderte, ist bisher unbekannt bzw. auch sehr unwahrscheinlich. Ist sein

Werdegang doch nur Beispielhaft für die Mehrheit der Rechtsextremisten, welche früher oder später den Rückzug in’s Privatleben vollziehen, ohne aber ihr geschlossenes rechtsextremes Weltbild abzugeben.

Schon allein die halbherzige Distanzierung seitens Marschke, der lediglich von einer “Jugendsünde” spricht, lässt das fehlende Problembewußtsein erkennen.[3]

Aber gerade weil sein Werdegang so repräsentativ für rechtsextreme Biografien ist, wirft das Outing die Frage nach dem Warum auf. Allein mit der Absicht Marschke, der als Aussteiger in’s Privatleben eventuell in Misskredit geraten ist, öffentlich zu diskreditieren und damit eine disziplinierende Wirkung auf verbliebene Szenemitglieder zu erzielen, wäre wahrscheinlich zu kurz (oder zu weit?) gegriffen.

Eventuell ist der Grund aber wesentlich banaler und allein der Fakt, das ein Neonazi einen halbwegs anerkannten Preis gewonnen hat, schon ausreichend sich über die Privatsphäre eines “Kameraden” hinwegzusetzen.

Um sich aber nicht in Spekulationen und halbgaren Theorien zu verlieren, soll hier mit der kritikwürdigen und dennoch exemplarischen Einschätzung seitens Altermedia geendet werden: “schließlich ist Marschke der lebende Beweis dafür,

dass der Nationale Widerstand in Mecklenburg Vorpommern tatsächlich Mitten in der Gesellschaft verankert ist"[4]

**Fußnoten:**

[1] Siehe Altermedia: "Glückwunsch 'Mister Mecklenburg'! (22.05.08)"

[2] Siehe Endstation-Rechts vom 23. Mai 2008, „Nationalist schönster Mann

Mecklenburgs?"

[3] Siehe Nordkurier vom 26.05.2008, "Mister Mecklenburg" früher NPD-Mitläufer'

[4] Siehe Altermedia: "'Mister Mecklenburg' distanziert sich! (26.05.08)"



ausgebrannte karre auf dem force attack 2008

# The Yearly Soap - VII

Über den siebten Naziaufmarsch in Neubrandenburg, der eigentlich bereits der achte war. Von useless.blogspot.de (3. Juni 2008)

Auch in diesem Jahr wollen Neonazis in Neubrandenburg aufmarschieren. Dieses Mal jedoch unter anderen Vorzeichen.

2006 betitelte der Colporter das jährlich wiederkehrende Spektakel in Neubrandenburg noch als "Mission without succes V" oder "Teil V der YEARLY SOAP". Doch würde es den gegebenen Rahmenbedingungen Rechnung tragen auch in diesem Jahr lediglich die Versionsnummer auf VII zu korrigieren?

Wie am 06.05. bekannt wurde, planen die Neonazis ihren diesjährigen Wanderzirkus im (ehemals) "Roten Neubrandenburg" für Samstag den 07.06.2008. Schnell stellte sich heraus, dass Neubrandenburgs Bürgermeister Krüger wie gehabt, ein Verbot der Demonstration erwirken wollte. Am 20. Mai war es dann so weit und die Verbotsverfügung nahm so ziemlich alles auf, was die Situation her gibt. Ein Punkrock-Open Air im AJZ, Zitate von Udo Pastörs und die Vorstrafe von Gewalttäter Stefan Köster. Wirklich interessant sind jedoch die anderen Verbotsgründe, nämlich die befürchtete Anreise so genannter "Autonomer Nationalisten", deren Auftreten bereits vor einem Monat in Hamburg von exzessiver Gewaltanwendung gegen Zuschauer, Passanten und Journalisten geprägt war. Aber auch ein laufendes Verfahren gegen den Anmelder wurde als Grund für ein Verbot genannt. [1]

Seitdem brodelt die Gerüchteküche, um wen es sich dabei nun eigentlich handelt. AntifaschistInnen aus der Region sowie das Internetportal "Endstation-Rechts" handeln den berühmtesten Neonazi Michael Grewe als Anmelder der Demonstration, die unter dem inzwischen nicht mehr ganz neuen Motto "Sozial geht nur national! Nationaler Sozialismus statt Globalisierung!" stehen soll.[2]

## **Michael Grewe - der unbekannte Randalierer**

Sollte dies der Wahrheit entsprechen, wäre das nicht nur sehr gewagt seitens der NPD, sondern auch ein eindeutiges Signal für die zur Teilnahme aufgerufene Neonaziszene.

Der früher noch in Lüneburg wohnende Grewe ist bereits seit Mitte der 80er Jahre als Naziskinhead und Herausgeber des Neonazifanzines "Kahl-schlag" bekannt. Zusammen mit seinen Brüdern Hans und Sven Grewe (letzterer bekannt als Kader des "Hammerskin Chapter Nordmark") trieb er sich in der regionalen Naziskinhead-Szene herum. In diesem Zusammenhang fiel er als Mitglied der Kameradschaft "Lüneburg/Uelzen - Trupp 16" auf. 1997 durchsuchte die Polizei Grewes Wohnung in Hamburg-Lohbrügge und stellte dabei ein Maschinengewehr, einen Karabiner und mehr als 1000 Schuss Munition sicher.[3] Michael und Hans Grewe eröffneten in den 90er Jahren in

Hamburg auch einen der ersten Naziläden in Norddeutschland, den "Buy or Die". 1998 verlegten sie den Laden nach Lüneburg und übertrugen ihn kurz darauf an Christian Sternberg, welcher ebenfalls als Mitglied der Kameradschaft "Lüneburg/Uelzen - Trupp 16" auffiel. [4]

Seit 1999/2000 wohnt er nun in Mecklenburg-Vorpommern. Zusammen mit Thomas Wulff zog er in den Landkreis Ludwigslust, in den kleinen Ort Teldau-Amholz um dort in einem alten Gutshaus einen überregionalen Treffpunkt zu etablieren. Er machte daraufhin Karriere in der NPD-MV ohne jedoch seine früheren Gewohnheiten aufzugeben. Seit 2004 ist er im Gemeinderat Teldau vertreten. Inzwischen stieg er sogar in den Landesvorstand auf und wurde zum Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion im Schweriner Schloß.

Am 30.06.2007 überfielen etwa 100 Rechtsextremisten, welche sich gerade auf dem Weg zu einer NPD-Demonstration in Rostock befanden, in Pölchow etwa 70 Besucher des zeitgleich stattfindenden "Fusion-Festivals".[5]

Immer wieder wurde Michael Grewe mit dem Überfall in Verbindung gebracht. Als letztes sogar von der Polizei, die Anfang April einen Fahndungsauftrag veröffentlichte in dem ein "unbekannter Randalierer" wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung gesucht wird. Dazu ein gut erkennbares Por-

traiffoto von Michael Grewe.[6] und [7]

Wenn solch eine Person als Anmelder für die Demonstration erhalten soll, kann dies nur als Signal an die Teilnehmer verstanden werden, dem Aufmarsch einen anderen Charakter als in den letzten Jahren zu geben.

### The Yearly Soap

Bereits seit 2001 versucht die NPD in Zusammenarbeit mit "freien Kräften" aus der Region in Neubrandenburg aufzumarschieren. Waren es 2001 noch weniger als 100 Teilnehmer, die sich mehr als 2000 Gegendemonstranten gegenüber sahen, glichen sich die Zahlen mit der Zeit immer mehr an.[8]

Mit Ausnahme des Jahres 2003 konnte tatsächlich eine Kontinuität aufgebaut werden. Die Aufmärsche selbst blieben jedoch stets durch Polizei und AntifaschistInnen isoliert und konnten mehrere Male behindert und zeitweise gestoppt werden.

Ebenso kennzeichnend war jedoch über die Jahre eine überregionale Teilnahme von Rechtsextremisten, besonders aus dem Raum Berlin-Brandenburg.

Hielten in den Vorjahren Personen wie Enrico Hamisch und David Petereit als Anmelder her, so wurde sich dieses Mal für eine Person aus dem militanten Spektrum entschieden, die laufende Strafverfahren offen hat.

Neubrandenburgs Bürgermeister Paul Krüger hat die Demonstration wieder einmal verboten. Wie alle Verbote in den Jahren zu vor, wurde es aber auch vom Verwaltungsgericht Greifswald wieder aufgehoben. [9] Selbst wenn die Stadt den juristischen Streit noch weiterführen sollte, ist nicht mit einem Verbot des Aufmarsches zu rechnen.

Die Neonazi-Szene hingegen frohlockt bereits und hofft auf eine Neuauflage der Krawalle von Hamburg. Militante Neonazis griffen dort während eines Neonaziaufmarsches anlässlich des 1. Mai, gezielt Journalisten und Gegendemonstranten aus dem Demonstrationszug heraus an. Der dortige Polizeieinsatzleiter Peter Born sah sich deshalb zum Fazit gezwungen: "In den rechten Reihen hat ein enorm hohes Gewaltpotential geherrscht".[10] "Neubrandenburg - wir kommen . Na Hanburger - die nächste Party kann steigen" (sic!) - solche und ähnliche Kommentare, wie dieser von der Neonaziseite "Altermedia" füllen die bekannten rechtsextremen Websites. Daher auch kein Wunder das gewaltbereite Neonazigruppen, wie die "Autonomen Nationalisten - Bundesweite Aktion (AN-BA)" im Internet zur Fahrt nach Neubrandenburg aufrufen.

Vor diesem Hintergrund ist es dennoch erstaunlich, dass das Verwaltungsgericht das Demonstrationsverbot aufhob, da

die Verbotsbegründung des Bürgermeisters mit genau diesen Fakten untermauert wurde. Es braucht daher auch keine Hellseher um einen friedlichen Verlauf des Neonazitreffens in Neubrandenburg anzuzweifeln. [11]

### Fußnoten:

[1] Siehe "Endstation-Rechts" vom 22. Mai 2008, „NPD-Demo in Neubrandenburg verboten“

[2] Siehe "Entstation-Rechts" vom 09. Mai 2008, „Die NPD demonstriert am 7. Juni in Neubrandenburg“

[3] Siehe "Michael Grewe - das unbekannte Wesen" von Recherche-Nord, vom 08.04.2008

[4] Siehe "Szene-Läden" in Der Rechte Rand, Nummer 110, Jan./Febr. 2008, S. 17/18.

[5] Siehe Pressemitteilung des LOBBI e.V. vom 30.06.2007 "Rechter Gewaltexzess vor NPD-Demo in Rostock"

[6] Siehe Webseite der Polizei-MV "Polizei sucht unbekanntem Randalierer"

[7] Siehe Ostsee-Zeitung vom 08.04.2008 "Rechte Gewalt: Polizei blamiert sich bei Tätersuche"

[8] Siehe Colporter, Nr. 2 / Mai 2006, Seite 2, 4-6

[9] Siehe Ostsee-Zeitung vom 30.05.2008 "Gericht lässt NPD marschieren"

[10] Siehe "Wenig sozial - 1. Mai-Aufmärsche" in Der Rechte Rand, Nummer 112, Mai/Juni 2008, S. 3

[11] Siehe "final countdown" auf der Webseite der Antifa Offensive NB, aonb.blogspot.de

# Autonom im Gleichschritt

Eine Nachbetrachtung zum Naziaufmarsch, den „Autonomen Nationalisten“ und dem „Mythos Neubrandenburg“. Ein Artikel von useless (useless.blogspot.de) vom 25.06.2008

Wie die Jahre zuvor marschierte die organisierte Neonaziszene auch dieses Jahr durch Neubrandenburg. Die diesjährige Demonstration stand unter dem Motto „Sozial geht nur National - nationaler Sozialismus statt Globalisierung!“ und war Teil der gleichlauteten NPD-Kampagne, welche bereits am 15. März mit einer Spontandemo durch Neonazis der NPD-MV und der „Mecklenburgischen Aktionsfront“ (MAF) in Neustrelitz gestartet wurde.[1]

## Isolierter Marsch durch Plattenbauten

Am Startpunkt an der Nordseite des Bahnhofs bot sich den Beobachtern ein trostloses Bild. Auf einem Gehweg hatten sich wesentlich weniger Neonazis versammelt als ursprünglich erwartet wurden. Schnell wurde klar, dass es bestenfalls halb so viele Demonstrationsteilnehmer wie im Vorjahr werden würden. Mit beträchtlicher Verspätung erreichte dann noch eine größere Reisegruppe der Nazis aus dem Raum Rostock / Güstrow den Bahnhof. Grund für die Verspätung war eine brennende Barrikade auf den Gleisen kurz vor Stavenhagen, welche den Zugverkehr zeitweise empfindlich störte. Eine kleinere Gruppe Neonazis reiste aus Stralsund an. Unter ihnen auch Dirk Arendt, NPD-Abgeordneter in der Stralsunder Bürgerschaft. Auch die „Nationalen Sozialisten Niedersachsen“ gaben sich mit einer Dele-

gation samt Transparent die Ehre. Die Teilnahme von Rechtsextremisten aus dem Raum Berlin-Brandenburg fiel in diesem Jahr hingegen überraschend gering aus.

Mit ca. anderthalbstündiger Verspätung und ungefähr 330 Teilnehmern lief der Demonstrationzug schliesslich los, vorneweg das Who-is-Who der organisierten Nazis aus MV. Fast die gesamte Landtagsfraktion der NPD und auch der „unbekannte Randalierer“ Michael Grewe[2], sowie etliche andere Kader aus den Reihen der „Mecklenburgischen Aktionsfront“ und des „Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern“, hielten sich im vorderen Teil der Demonstration auf und taten sich besonders durch penetrantes Fotografieren der herumstehenden Passanten hervor.

Von der übrigen Bevölkerung durch jede Menge Polizei konsequent isoliert marschierten sie relativ ungestört auf ihrer Route durch das Neubrandenburger Vogelviertel. Vor der Agentur für Arbeit, in der Nähe des Jugendclub „Zebra“, gab es eine größere Zwischenkundgebung, auf der die beiden Hauptredner Michael Andrejewski und Udo Pastörs auftraten. Danach ging es zurück zum Startpunkt „Prellbock“ am Bahnhof, so das alles bereits gegen 14 Uhr wieder vorbei war.

**“Wir sind hier doch nicht bei den Bolschewiken”**

Am Ende der Demonstration formierte sich zudem ein so genannter „schwarzer Block“ der „Autonomen Nationalisten“. Bereits im Vorfeld und vor allem im Zuge der Berichterstattung über die Mai-Demonstration in Hamburg, bei der es zu schweren Ausschreitungen seitens der Vertreter dieser jüngsten Erscheinungsform des Rechtsextremismus gekommen war, wurde ausgiebig über die angekündigten Gewalttaten der Neonazis spekuliert. Von den vollmundigen Ankündigen ist schlussendlich jedoch nicht viel übrig geblieben.

Etwa 70 dieser „Autonomen Nationalisten“ fanden sich in Neubrandenburg ein. Hierbei fielen besonders Neonazis aus Rostock auf. Ein Teil dieser Personengruppe wollte bereits am 01. Mai 2008 in Hamburg an einer Neonazidemonstration teilnehmen, zog es aufgrund des fehlenden Schutzes der Polizei jedoch vor, nach Bad Oldesloe auszuweichen.

Aber auch hier in Neubrandenburg ordnete man sich lieber wieder unter. So beanstandeten die Demo-Ordner das ungeordnete Auftreten des „NS Black Block“. Auch vom Lautsprecherwagen wurde klar gestellt, dass man hier doch nicht bei den „Hottentotten und Bolschewiken“ sei. Rebellisch wie sie sind stellten sich die „Autonomen“ daraufhin säuberlich in Dreierreihen auf und befolgten alle weiteren Anweisungen. Auch akustisch war nicht viel

von ihnen zu vernehmen, wurden sie doch, wenn sie sich einmal zu Sprechchören durchringen konnten, vom Lautsprecherwagen übertönt.

So muss zumindest für die Neonaziszene in Mecklenburg-Vorpommern festgehalten werden, dass die Erscheinung der "Autonomen Nationalisten", die auch hier seit einigen Jahren wahrnehmbar wird, mehr einen Modetrend denn eine wirklich ernstzunehmende Struktur darstellt. Die Abhängigkeit von den etablierten Kameradschaftsstrukturen der "Mecklenburgischen Aktionsfront" und des "Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern", sowie den Parteistrukturen der NPD ist offensichtlich.

### Rechtsradikale Kontinuität seit 2001

Eine Bewertung des 07.06.2008 verlangt zuerst einen Überblick über die bisherigen Demonstrationen in Neubrandenburg und das Bewußtsein, dass es sich hierbei um eine Kampagne des Kameradschaftsspektrum handelt, mit dem Ziel ein jährliches Event zu organisieren, das über den Rahmen der üblichen kleineren Demonstrationen hinausgeht. Tabelle Der 07.06. stellte in diesem Zusammenhang die achte Demonstration in Neubrandenburg dar. Blieben die ersten beiden Demonstrationsversuche mit weit weniger als 200 Teilnehmern auch wirklich nur Versuche, so gelang es bereits am 19.10.2002 mit ca. 300 Teilnehmern den ersten Marsch gegen alle Widerstände durchzusetzen.

De facto stellen die Neubrandenburg-Demonstrationen also bereits seit 2002 ein jährlich wiederkehrendes Erfolgsereignis

für die Naziszene in MV dar. Mit Ausnahme des Jahres 2003, in dem keine Demonstration statt fand, gelang es in allen Folgejahren, die Demonstration durchzusetzen. Allerdings muss ebenfalls festgehalten werden, dass es in den 6 Jahren seit 2002 nicht gelang die Teilnehmerzahl signifikant zu steigern. Eine Ausnahme stellen hier lediglich die Demonstrationen während des ersten Mai dar, zu der traditionell eine größere Teilnehmerzahl mobilisierbar ist.

### Der Mythos der "Roten Hochburg" Neubrandenburg

Entgegen der eigentlichen Linie muss hier auch ein Wort über die ebenfalls jährlich wiederkehrenden Gegenaktivitäten verloren werden, um zu einer vollständigen Einschätzung zu kommen. Der Mobilisierungserfolg antifaschistischer Initiativen war bisher stets unterschiedlich. Konnten mal 1500 oder sogar 2000 Gegendemonstranten mobilisiert werden, waren es in anderen Jahren lediglich 500 oder, wie in diesem Jahr, knappe 400. Als Fatal stellte sich hierbei heraus, dass es den Nazis gelang, in der propagandistischen Auseinandersetzung, den Mythos einer "Roten Hochburg" und einer "Hochburg des antideutschen Pöbels" zu installieren, welcher von den beinahe jährlich wechselnden Antifaschistischen Initiativen erst belächelt, aber schlussendlich doch übernommen wurde. So sah man sich bereits zwei Jahre später tatsächlich in der Pflicht, eine vermeintliche "Rote Hochburg"

verteidigen zu müssen. Das Neubrandenburg hingegen nie

eine "Rote Hochburg", sondern maximal ein weißer Fleck auf der Landkarte der Rechtsextremisten in MV war, wurde oft nicht wahrgenommen. So kam es, dass sich die Nazis in den Folgejahren in der bequemen Situation wiederfanden, jährlich aufs Neue die "Rote Hochburg" erstürmt zu haben, während sich viele Gegendemonstranten ebenso jedes Jahr aufs Neue die Frage stellten, warum die Neonazis denn schon wieder marschieren konnten und warum an die überraschend großen Proteste des Jahres 2001 nicht angeknüpft werden konnte.[3]

Datum	Neonazis
14.07.2001	< 150
23.03.2002	~ 180
19.10.2002	~ 300
03.04.2004	< 370
01.05.2005	~ 400
27.05.2006	< 230
01.05.2007	~ 600
07.06.2008	~ 330

Abschließend kann konstatiert werden, dass die alte Leier von den abertausenden Gegendemonstranten, welche das "rote Neubrandenburg" 2001 und 2002 verteidigten, kein Grundstein einer erfolgreichen Mobilisierung gegen die zukünftigen Naziaufmärsche sein kann.

*Paul B.*

### Fußnoten:

[1] Vgl. Nordkurier-Neustrelitz vom 18.03.2008 "Rechtsextreme Gewalttaten und Aufmärsche beschäftigen Ermittler"

[2] Siehe Ostsee-Zeitung vom 08.04.2008 "Rechte Gewalt: Polizei blamiert sich bei Täter-

suche”

[3] Vgl. *“An diese Zeiten muss unbedingt wieder angeknüpft werden, sonst kann auf kurz*

*oder lang der Status “rote Hochburg” wohl nicht gehalten werden.”*, siehe Indymedia vom 08.06.2008 - link: <http://de.indy->

[media.org/2008/06/219471.shtml](http://media.org/2008/06/219471.shtml)



ausgebranntes klo auf dem force attack 2008

# Peter on Tour

NPD-Multifunktionär Peter Marx tritt im kommenden September zur Oberbürgermeisterwahl in Schwerin an. Ein Artikel vom Useless-Blog vom 18.06.2008

Seit mehr als zwei Wochen wird gerätselt, ob Peter Marx nun wirklich zur Oberbürgermeisterwahl in Schwerin, im September diesen Jahres, antritt. Seit Gestern herrscht endlich Klarheit. Hintergründe und Wissenswertes zur Person des NPD-Funktionärs Peter Jakob Marx.

Am 28. Mai überraschte das Newsportal "ad-hoc-news.de" mit der Meldung, dass der Allround-Funktionär der NPD Peter Marx, bei der kommenden Oberbürgermeisterwahl in der Landeshauptstadt Schwerin kandidieren wird.[1]

## Populismus à la carte

Peter Marx Der bisherige Oberbürgermeister Norbert Clausen (CDU) wurde am 27.04. durch einen Bürgerentscheid abgewählt. Die dadurch notwendig gewordene Neuwahl soll am 14.09. stattfinden. Auslöser des Bürgerentscheids war der tragische Fall um die verhungerte fünfjährige Lea-Sophie, welcher im November 2007 durch die Yellow Press ging und auch in der Politik für Aufsehen sorgte.

Von Anfang an, versuchte sich die NPD in die öffentlich ausgetragene Debatte um die Vernachlässigung von Kleinkindern, die Arbeit der Jugendämter und die Verantwortung der Politik, einzuschalten. So wurden kurz nach der Veröffentlichung des Falls, parlamentarische Initiativen, wie etwa meh-

rere Lesungen und sogar Gesetzesentwürfe durch die NPD-Fraktion auf die Tagesordnung des Landtages gesetzt. Mit theatralischen Erklärungen wurde versucht dieses Thema für sich auszuschlachten. So war sich Stefan Köster nicht zu blöd, den vermeintlichen "Kampf gegen die NPD" des Innenministers von Mecklenburg-Vorpommern Lorenz Caffier (CDU) in Verbindung mit dem Skandal um das tote Kind zu bringen. "Für den Hungertod des kleinen Mädchens trägt meines Erachtens auch der Innenminister die politische Verantwortung." verkündete er am 21.11.2007.

Am 15.04.2008 brachte die Fraktion der NPD sogar eine neue Hochglanzbroschüre mit dem pathetischen Titel "Warum?" zu diesem Thema heraus. Sie skizziert das Bild einer angeblich ignoranten Politik, der als "Blockparteien" diffamierten demokratischen Parteien, gegenüber der "nationalen Opposition" und ihren Gesetzesinitiativen im Landtag. Die Kernaussage der Broschüre ist die Behauptung, die rechtzeitige Annahme eines Gesetzesvorschlages der NPD hätte den tragisches Tod des Kindes verhindern können. Dabei handelt es sich jedoch um eine schlichte populistische Unwahrheit, da es inzwischen allgemein anerkannt ist, dass das Kind nicht wegen fehlender Gesetze sondern aufgrund "menschlichen Versagens" der zuständigen Beamten starb.[2]

## Die Kandidatur als Signal

Einen neuen Abschnitt in dieser Populismusoffensive, stellt die Nominierung von Peter Marx zur Oberbürgermeisterwahl dar. Anfangs war es noch unklar, ob es sich dabei lediglich um Gerüchte handelt. Nur die Empfehlung des zuständigen NPD-Kreisverbandes "Westmecklenburg-Schwerin" für Peter Marx doch bitte zu kandidieren galt als gesichert. Schon allein das gilt als ein Novum, da die letzte Wortmeldung einer schweriner Struktur der NPD mehr als 10 Jahre zurückliegt. Seit den 90er Jahren war lediglich die Existenz von Einzelmitgliedern bekannt. Schwerin galt daher stets als weißer Fleck auf der politischen Landkarte der rechtsextremen Parteien. Die Tage vergingen jedoch ohne einen konkreten Erkenntnisgewinn, das Rätselraten, besonders in der schweriner Kommunalpolitik, war indes groß. Die Schweriner Volkszeitung (SVZ) veröffentlichte daher am 14. Juni einen Artikel, in dem sich vier der potentiellen Konkurrenten der bürgerlichen Parteien zum angekündigten Wahlantritt von Peter Marx positionieren. Zumindest in der Hinsicht herrscht bisher bei den Kandidaten der SPD, Die Linke/PDS, CDU und der lokalen Wählerinitiative "Unabhängige Bürger" vorbildliche Eintracht. Mit der NPD will man nichts zu tun haben und hoffe auf keine gemeinsamen Auftritte.[3]

Aufgrund der ausbleibenden Bestätigung durch die, in Schwerin lebenden NPD-Mitglieder, kamen Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Bestrebungen der NPD auf. Das bekannte News-Portal "Endstation-Rechts" spekulierte noch am 14.06., das sich eben diese Schweriner NPDler gegen Peter Marx entschieden haben könnten.[4] Das dem nicht so ist, stellte sich jedoch gestern, durch eine Verlautbarung der NPD heraus, die die Absicht von Peter Marx zu kandidieren offiziell bestätigt. Demnach wäre er am 13.06. auf einer Versammlung der Schweriner NPD-Mitglieder als Kandidat legitimiert worden.

Bei der NPD bereitet man sich zudem auf die absehbaren Hürden vor, die eine Kandidatur für ein kommunales Amt mit sich bringt. Angesichts der Tatsache, das die Teilnahme sowohl von Stefan Köster als auch Michael Andrejewski von den Wahlausschüssen an den Landratswahlen in Ludwigslust und in Ostvorpommern für ungültig erklärt wurde, verkündete Peter Marx gestern in einer Verlautbarung auf der Partei-Webseite vorsorglich gleich einmal seine Loyalität zu der im Grundgesetz festgeschriebenen Gültigkeit der Menschenrechte, den Verzicht auf Gewalt und die Anerkennung rechtsstaatlicher Prinzipien.

### **Zur Person des Peter Marx**

Die Situation verlangt zudem, sich zu vergegenwärtigen um wen es sich bei Peter Marx überhaupt handelt. Der 1956 geborene Rheinländer gilt als einer von der Szene systematisch aufgebaute NPD-Kader. Bereits im Alter von 15 trat er den "Jungen Nationaldemokra-

ten (JN)" bei und kurz darauf auch der NPD. Unter diesem Aspekt ist auch die politische Karriere des "Handlungsreisenden in Sachsen Rechtsradikalismus"[5] zu betrachten. Angefangen als Geschäftsführer verschiedener NPD-Fraktionen in Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen zog es ihn während der Wende nach Leipzig um als Aufbauhelfer die NPD-Sachsen mitzubegründen. Danach wurde er Landesvorsitzender der NPD im Saarland und fuhr dort für westdeutsche Verhältnisse erschreckende Ergebnisse ein. Mehrere kommunale Mandate sowie 4 % bei der Landtagswahl 2004. Besonders das Ergebnis von 9,6 % während der Kommunalwahl in der saarländischen Stadt Völklingen/Saarbrücken, in dessen Stadtrat die NPD mit 4 Abgeordneten einzog, erreichte damals eine größere Öffentlichkeit.

Den Einzug in den saarländischen Landtag nur knapp verpasst, reist Peter Marx seit dem energisch durch die Bundesrepublik auf der Suche nach Ämtern und Funktionen. So liess er sich nach der Landtagswahl 2004 in Sachsen zum Fraktionsgeschäftsführer der neuen NPD-Fraktion machen und trat zudem am 10. April 2005 zur Oberbürgermeisterwahl in Leipzig an, bei der er 2,4 % erreichte. Auch war er bis 2008 nach Udo Voigt stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD. Doch als ob all das noch nicht genug wäre, kann er von sich behaupten bis in den Mai 2008 Landesvorsitzender der NPD in Rheinland-Pfalz gewesen zu sein.

Doch wie es sich für einen gestandenen NPDler gehört, hat auch er bereits eine Eintragung im Vorstrafenregister. So wurde

er im November 2001 wegen Wahltäuschung im hessischen Kommunalwahlkampf 1997 zu 160 Tagessätzen verurteilt.[6]

### **Daher...**

Es ist daher wichtig, im anstehenden Wahlkampf während des kommenden Sommers in Schwerin, auf die sehr wahrscheinlichen Versuche der NPD, die öffentlichen Bühnen zur Inszenierung und Propagierung ihres rechtsextremen Weltbildes zu nutzen, vorbereitet zu sein. In der Vergangenheit wurde dies bereits, mal mit mehr und mal mit weniger Erfolg, probiert. So wurde Udo Pastörs am 16.11.2007 noch durch die Veranstalter von einer Demo des Radiosenders "Ostseewelle" gegen die steigenden Benzinpreise vor dem Schweriner Schloß ausgeschloßen.[7] In der Industrie- und Handelskammer Schwerin (IHK) bewies man am 16.01.2008 hingegen deutlich weniger problembewußtsein und lud Udo Pastörs als Vertreter der NPD zum Jahresempfang. Eine Gelegenheit zur öffentlichen Inszenierung, die dieser natürlich nicht verstreichen liess.[8]

*Paul B.*

### **Fußnoten:**

[1] Siehe die ddp-Meldung "Peter Marx tritt an" auf "ad-hoc-news.de" am 28.05.2008

[2] Siehe "NPD-Landtagsfraktion veröffentlicht Broschüre zum Tod von Lea-Sophie" auf "Endstation Rechts" am 15.04.2008 24. Januar 2005

[3] Siehe "Keinen Schritt mit der NPD" in der Schweriner Volkszeitung (SVZ) vom 15.06.2008

[4] Siehe "Peter Marx (NPD)

doch kein OB-Kandidat?" auf  
"Endstation-Rechts" am  
14.06.2008

[5] Siehe "Flagge zeigen": Pe-  
ter Marx professionalisiert die  
NPD" auf "WELT.de" vom  
24.01.2005

[6] Siehe "Kamerad Marx" in  
der Wochenzeitung "Die ZEIT"  
Nr. 15 vom 06.04.2005

[7] Siehe "NPD-Chef von Demo  
gegen Spritpreise ausgeschlos-  
sen" in der Ostsee-Zeitung vom  
17.11.2007

[8] Siehe "Schweriner IHK sorgt  
mit Einladung der NPD zum  
Jahresempfang für Wirbel" in  
der Ostsee-Zeitung vom  
18.01.2008



# Soziale Gerechtigkeit ist grenzenlos!

Ein Artikel der am 15.07.2008 auf [www.links-lang.de](http://www.links-lang.de) veröffentlicht wurde und sich mit der Neonazi-Demonstration in Güstrow beschäftigt, welche für den 19.07.2008 durch die NPD angemeldet wurde.

Wenn die Neonazi-Szene am kommenden Sonnabend in Güstrow demonstriert, gibt sie sich mal wieder sozial. Hinter ihren Parolen steckt jedoch nicht mehr als die altbekannte Mischung aus Demagogie, Ausgrenzung und Gewalt.

Sozial will sie sich geben, die Neonazi-Szene Mecklenburg-Vorpommerns unter Führung der NPD, wenn sie am kommenden Sonnabend durch Güstrow demonstriert. Aufmarschieren wird sie mit Personal, das mit ausgeprägtem Hang zur Gewalt seine Nächstenliebe demonstriert; mit Parolen, die offen an den historischen Nationalsozialismus anknüpfen; und mit einer Ideologie, die auf Ausgrenzung, Hass und Menschenfeindschaft fußt. Da gäbe es so einiges zu verschleiern für die eifrigen Propagandist/innen der Partei.

## Gewalt als Programm

Zumindest der eigenen Anhänger/innenschaft muss man nichts vormachen: Einen Konflikt zwischen einer radikalen Szene und einer Parteiführung, die sich um ein bürgerliches Auftreten bemüht, gibt es in Mecklenburg-Vorpommern nicht. Nicht mit jenen Neonazis etwa, die tagtäglich alternative Jugendliche und Migrant/innen bedrohen oder angreifen, kürzlich in Güstrow einen Asia-Imbiss mit Hakenkreuzen beschmierten und in Brand setzten oder vor einem Jahr im na-

hen Bützow in einem Mob massiv Imbiss-Betreiber/innen nicht-deutscher Herkunft attackierten und ein Geschäft anzuzünden versuchten. Sie dürfen sich von dem NPD-Spitzenpersonal eher bestärkt fühlen. Von Michael Grewe etwa, dringend Tatverdächtiger nach einem Überfall dutzender Rechter auf eine linke Reisegruppe vor einem Jahr in Pölchow und laut Endstation Rechts Anmelde der Demo in Güstrow. Von Stefan Köster, der bei einem NPD-Parteitag bei Itzehoe auf eine am Boden liegende Antifaschistin eingetreten hatte, oder von Udo Pastörs, der seinen Anhängern eintrichtert, "das kaputt zu machen, was euch und uns kaputt machen will", oder rät: "Schutz vor Gewalt kann nur Gewalt sein." Beide waren auch beim Angriff in Pölchow anwesend. Gegenüber der Polizei rechtfertigte Pastörs den brutalen Angriff seiner Anhänger eifrig als vermeintliche Notwehr gegen linke Chaoten.

## Soziale Politik als Heuchelei

Auch in den Parolen gibt sich die Neonazi-Szene und mit ihr die NPD wenig Mühe, ihre Orientierung am historischen Nationalsozialismus zu verdecken. Unter dem wenig subtilen Motto "Nationaler Sozialismus statt Globalisierung" wird nach Güstrow mobilisiert. Der Aufruf strotzt vor Versatzstücken nationalsozialistischer Ideologie: Rassistisch werden Arbeitsplätze nur für Deutsche gefordert

und Ausländer/innen zu Lohn-drücker/innen pauschalisiert, ganz in antisemitischer Manier ein Gegensatz zwischen Manager/innen, Politiker/innen und Kapital auf der einen sowie dem "Volk" auf der anderen Seite aufgemacht - und wird den auserkorenen Gegner/innen klar Gewalt angekündigt, indem man sie "abstrafen" würde. Gegen das scheinbar unmoralische und individuell verwerfliche Handeln einiger Einzelpersonen wird die autoritäre Volksgemeinschaft beschworen. Auf der Kampagnenhomepage geht die NPD noch weiter und macht in Anknüpfung an die nationalsozialistische Diktation von vermeintlich deutschem schaffenden und jüdischem raffenden Kapital einen Gegensatz zwischen Arbeiter/innen und Spekulant/innen auf.

Die dahintersteckende rechte Ideologie ist weder neu noch innovativ, wie die Neonazis es in ihren Kampagnen gegen "Globalisierung" und "Kapitalismus" glauben machen wollen. Vielmehr verbirgt sich im Ursprung darin eine falsche Sicht auf den Kapitalismus, die noch älter als die Tiraden eines Adolf Hitlers ist. Rechte und Konservative machten schon im deutschen Kaiserreich jüdische Unternehmer und ihre vermeintliche unfaßbare Macht für das soziale Elend der freien Marktwirtschaft verantwortlich. Im frühen 20. Jahrhundert erwuchs daraus das Schreckgespenst einer jüdischen Weltver-

schwörung, die mit ihrer angeblichen Kontrolle über Chefetagen und Regierungssitze die Nationen und Völker der Welt, zuvorderst die Deutschen, vernichten wollen würde.

### **Vernichtung als Essenz nationalsozialistischer Ideologie**

Dass hinter dem Kapitalismus nicht das böse Handeln einer kleinen Clique, sondern das allgemeine Streben nach Profit in einer warenförmigen Gesellschaft steht, dem sich jedes Individuum unterordnet, ist den alten wie den neuen Rechten zu kompliziert. Sie benötigen klare Feindbilder, gegenüber denen sie sich auf eine überhöhte Gemeinschaft wie Volk, Rasse oder Nation zurückziehen können. Der kapitalistische Alltag mit seinen Widerspiegelungen in der Gegenwartskultur wird bei ihnen zu einem Überlebenskampf der Völker der Erde gegen eine internationale Verschwörung. Ungläubig gegenüber der Tatsache, dass nationale und kulturelle Traditionen Folgeerscheinungen der kapitalistischen Modernisierung sind, wollen sie diese konkreten Seiten des Kapitalismus gegen seine abstrakten, Globalisierung und Börse, verteidigen - indem sie das Nichtfaßbare personifizieren. Der Massenmord an den Jüdinnen und Juden Europas war logische wie folgenreiche Konsequenz des nationalsozialistischen Wahn-

sinns, Verantwortliche für ein System zu finden, das ohne Verantwortlichkeiten auskommt.

### **Soziale Gerechtigkeit ist grenzenlos**

Jener industriell betriebene Mord an Millionen Menschen ist die Essenz nationalsozialistischer Ideologie. Einer Ideologie, die auf Gewalt, auf Hass, auf Ausgrenzung fußt. Ihr soziales Versprechen ist nicht mehr als Heuchelei. Von ihm sind nicht nur jene ausgeschlossen, die außerhalb der nationalen Grenzen leben, denen der Zufall der Geburt nicht Eltern deutscher Staatsangehörigkeit gegeben hat. An ihm sollen auch die Deutschen nicht teilhaben, die sich nicht der von den Nazis definierten Volksgemeinschaft unterordnen: Politischer Gegner/innen, Gewerkschaftler/innen, Homosexuelle, Jüdinnen und Juden, Obdachlose, Behinderte. Jenen, die übrig bleiben und denen eine Steuererleichterung oder eine billige Arbeit angeboten wird, steht zugleich ein Leben ohne politische und gewerkschaftliche Rechte, ohne demokratische Freiheit, aber dafür in kultureller und internationaler Isolation, in ständiger Repression und Kriegstreiberei in Aussicht. "Unser erstes Augenmerk hat dem Gesunden und Starken zu gelten", tat Udo Pastörs für die NPD im Schweriner Landtag sein Verständnis

einer sozialen Politik kund. "Dieses ist zuallererst zu fördern und zu unterstützen."

Wessen Mitgefühl an nationalen Grenzen aufhört, wer Unterstützung nach biologischen oder politischen Kriterien verweigern will, ist im besten Fall ein/e Ignorant/in, im schlimmsten ein/e Menschenfeind/in. In scharfer Abgrenzung davon kann sich nur jene Politik sozial nennen, die für jeden Menschen unabhängig von Hautfarbe, Herkunft und Einstellung ein würdiges Leben anstrebt. Grundlegende, radikale Kritik der kapitalistischen Moderne ist ohne Verständnis ihres vielschichtigen Verblendungszusammenhanges, ihrer ideologischen Ausformungen von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus, unmöglich. Und ohne die Gegnerschaft zu ihren wahnhaften Anhängern, den Neonazis von heute, nicht zu haben.

Denn sie sind es, die jedem sozialen und fortschrittlichen Handeln im Wege stehen. Hinter ihrer sozialen Heuchelei steckt nicht nur die Drohung mit Gewalt: Demagogie, Einschüchterung und Übergriff sind und waren in Mecklenburg-Vorpommern und anderswo schon immer zentraler Bestandteil rechtsradikaler Politik.

*Quelle/Autor: [www.links-lang.de](http://www.links-lang.de)  
vom 15.07.2008*

# »Grevesmühlener Prozeßklärung«

In Grevesmühlen fanden am 4.03.1997, als Folge der verbotenen Demonstration „Die Täter/innen sind überall... auf nach Grevesmühlen“ am 31.08.1996 zwei Prozesse statt. Beide endeten mit einem Freispruch. Diese Erklärung gab eine der Angeklagten vor Gericht ab und wurde ursprünglich in der berliner Zeitschrift *Interim* Nr. 412, Berlin 13. März 1997 abgedruckt.

Was einige wenige zu Beginn der 60er noch vorsichtig und vage formulierten, ist zur bittern Gewißheit geworden:

Der Gestus, es solle alles vergeben und vergessen sein, der demjenigen anstünde, dem Unrecht widerfuhr, wird von Parteigängern derer praktiziert, die es beginnen. Der Nationalsozialismus lebt nach und wir wissen heute, daß es gar nicht erst zum Tode kam, daß die Bereitschaft zum Unsäglichen fortwest in den Menschen wie in den Verhältnissen, die sie umklammern. Noch die psychologischen Mechanismen der Abwehr peinlicher und unangenehmer Erinnerungen dienen höchst realitätsgerechten Zwecken. Die Abwehrenden selbst plaudern sie aus, wenn sie etwa praktischen Sinnes darauf hinweisen, daß die allzu konkrete und hartnäckige Erinnerung ans Geschehene dem deutschen Ansehen im Ausland schaden könne.

Theodor W. Adorno

Um die beiden Prozesse, die hier heute stattfinden, wieder ins Verhältnis zu setzen, zu dem, um was es eigentlich geht, will ich zu Beginn kurz daran erinnern, warum wir zu einer Demonstration nach Grevesmühlen kommen wollten: Am 18. Januar letzten Jahres wurde auf das Flüchtlingswohnhaus in der Lübecker Hafenstraße ein Brandanschlag verübt. Zehn Menschen starben in den Flammen, weitere

38 wurden z.T. schwer verletzt. Einer der Überlebenden ist bereits abgeschoben. Für die anderen Überlebenden des Brandanschlages ist die weitere Zukunft ungewiß. Die drei bzw. vier Verdächtigen aus Grevesmühlen, die noch in der selben Nacht vorläufig festgenommen wurden, konnten trotz Sengspuren und zweifelhaftem Alibi am nächsten Tag nach Hause gehen.

Aufgrund der dubiosen Aussage eines - organisierten rechten Kreises nahestehenden - Sanitäters, wurde Safwan Eid am darauffolgenden Tag verhaftet und der Öffentlichkeit als Täter präsentiert. Aufgrund dieser Präsentation wich die erste Empörung der wenigen, die sich noch über brennende Flüchtlingswohnheime empören können, der Verunsicherung. Die Mehrzahl wechselte schlicht die Seiten. Ein allgemeines Aufatmen ging durch Deutschland. Erleichterung darüber, daß erneute Gefahr für das Ansehen Deutschlands noch einmal abgewendet werden konnte. Erleichterung deshalb, weil die Deutschen sich Vorwürfe wie in den Jahren 91-93, als die Bilder über die Pogrome in Hoyerswerda und Rostock, die brennenden Wohnhäuser türkischer Migrantinnen aus Mölln und Solingen durch die Welt gingen, endgültig nicht mehr gefallen lassen wollten.

Seit dem Brandanschlag von Solingen, bei dem 5 türkische

Frauen und Mädchen ermordet wurden, herrscht Friedhofsstille in Deutschland. Brandanschläge, Menschenjagden, Verletzte und Tote werden in einem breiten Konsens von rechts bis links bagatellisiert, individualisiert oder verleugnet.

Wir leben nicht in Frankreich, wo Hunderttausende nach der Schändung eines jüdischen Friedhofes demonstrieren, wo Hunderttausende in einer Selbstbeichtigungsanzeige erklären, daß sie keine MigrantInnen denunzieren werden. Wir leben auch nicht in Italien, wo Tausende - viele Mitglieder der jüdischen Gemeinde - nach dem Freispruch des Massenmörders Erich Priebke das Gericht zu stürmen versuchten. Wir leben nicht einmal in einem der ehemals als sog. "neutralen" Länder, die heute erneut die Debatte um ihre Unterstützung für Nazideutschland auf dem Tisch habe.

Wir leben in dem Land der Täter. In dem Land, in dem die verleugnete Vergangenheit fortwirkt, weil die Abwehr von Schuld und Scham neue Resentiments hervorbringt, alte Vorurteile verstärkt - und in dem eine neue Generation ihre ganz speziellen "Lehren" aus der Geschichte der Vernichtung in mörderische Taten umsetzt.

Wir sind nach Grevesmühlen gefahren, weil Safwan nicht vor Gericht gehört. Nach einem halben Jahr Untersuchungs-

haft, sitzt Safwan nun ein weiteres halbes Jahr vor Gericht. Endlos mühsam und quälend wird der Prozeß Woche für Woche ereignis- und ergebnislos in die Länge gezogen.

Es ist ganz gleich, wie der Prozeß gegen Safwan zu Ende gehen wird. Seine wesentlichen Ziele hat er erreicht: die Verkehrung von Opfern und Tätern, das Wegschieben der Verantwortung, Verunsicherung, Zwietracht und Entsolidarisierung. Das Verfahren ging lange genug. Die Verzögerungs- und Verunsicherungstaktik hat gegriffen. In dem Verfahren gegen Safwan wird auf Zeit und Vergessen gespielt.

Es ist ganz banal, im Sinne der Banalität des Bösen: Wer für Safwan ist, ist gegen den Staat. Wer für Safwan ist, ist gegen die Deutschen. Und die Interessen des Staates und die der Deutschen sind identisch.

Am Beispiel von Grevesmühlen ging es uns darum, daß Fortwirken der Vergangenheit in die Gegenwart zu denunzieren. Weil uns das im letzten Jahr verwehrt wurde, möchte ich es an dieser Stelle nachholen und den Teil aus einem der nichtgehaltenen Beiträge zur Demonstration verlesen, der über Grevesmühlen, exemplarisch für Deutschland, alles sagt, was es zu sagen gibt:

*Unser Ausgangspunkt ist Auschwitz, ob wir wollen oder nicht: Die herrschende deutsche Normalität drängt uns die Kontinuität jener Verhaltensweisen und Verhältnisse auf, die Auschwitz ermöglicht haben. Während in Dänemark die meisten Juden in einer organisierten Fluchtaktion außer Landes gebracht wurden; während in Bulgarien die Juden zu Tausenden versteckt wurden - gab*

*es in Deutschland keinen nennenswerten Widerstand gegen die Vernichtung, im Gegenteil: die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung wußte, was mit den jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn geschah, sie ließ es geschehen und sie beteiligte sich, wo sie konnte. Auch in Grevesmühlen.*

*Der Antisemitismus ist in dieser Gegend so alt, wie der Widerstand der Junker und Bauern gegen die Durchsetzung des kapitalistischen Prinzips: Durch die Berufsbeschränkungen waren die meisten Juden in Handelsberufen tätig und wurden mit dem neuen wirtschaftlichen Verfahren identifiziert. In Grevesmühlen lebten immer wenige Juden, zu wenige, um eine eigene Gemeinde zu gründen. Nur von 1873 bis 1885 bestand hier eine Gemeinde, die dann aufgrund der Auswanderung vieler Juden nach Amerika wieder aufgelöst wurde.*

*Gab es 1933 in Mecklenburg noch 1000 jüdische Bürger, waren es schon 1937 nur noch 500. 1935 berichtet die politische Polizei, die spätere Gestapo, daß der Druck auf die jüdischen Bürgerinnen und Bürger, die zum Großteil Handel trieben, durch die Boykottaktionen erfolgreich zum Zwangsverkauf vieler jüdischer Geschäfte geführt hat. In Grevesmühlen spielte dies kaum noch eine Rolle, waren hier zwar nicht die Nazis, aber die ebenso antisemitischen anderen reaktionären Kampfbünde schon während der Weimarer Republik für ein Klima verantwortlich, in dem die meisten Juden von Grevesmühlen sich entschlossen, nach Lübeck, Hamburg oder Schwerin zu fliehen. In der Pogromnacht vom 10. November 1938 wurde der jüdische Friedhof zer-*

*stört. Die Synagoge, die 1885 wieder geschlossen wurde, konnte nicht abgebrannt werden, sonst wäre die gesamte Innenstadt von Grevesmühlen mit abgebrannt. Sie wurde in den fünfziger Jahren abgerissen. Heute erinnert lediglich ein Gedenkstein am jüdischen Friedhof daran, daß auch in Grevesmühlen einmal Juden gelebt haben. So hat sich die Hoffnung eines Heimatgeschichtsschreibers von 1938 erfüllt, der geschrieben hatte, daß damit zu rechnen sei, daß Mecklenburg wieder wie 1600 "judenfrei" sein würde.*

*Max Salomon, der Besitzer des damals bekannten und beliebten, weil billigen Kaufhauses von Grevesmühlen, wanderte 1937, nach der Enteignung seines Ladens durch die Firma Schulz und Rumpf, nach Holland aus. Nach dem Überfall der Deutschen auf Holland werden seine Frau und seine Tochter - deren Namen wir nicht herausbekommen haben - nach Theresienstadt deportiert und ermordet; Max Salomon ist zufällig auf einer Geschäftsreise in England und lebt später in den USA, noch mit 70 Jahren muß er dort in einem Kaufhaus in der Second Avenue arbeiten. Er schickt mehrmals Geld nach Grevesmühlen und bittet darum, daß der Friedhof gepflegt werden möge. Das haben die Grevesmühlener auch getan - hier wird die besondere Beziehung der Deutschen zu toten Juden deutlich. Grevesmühlen war demnach schon 1937 "judenfrei", in ganz Mecklenburg wurden die Juden bereits 1939 in Judenhäusern interniert und im November 1942 ging der letzte Transport nach Theresienstadt. In Schwerin bestiegen die letzten Jüdinnen und Juden den*

Zug, in dem einige Abteile für sie reserviert waren. Alles war öffentlich, die Träger des gelben Sterns waren unübersehbar - aber, darauf deutet alles hin, solidarisch war hier niemand mehr, nachdem die Reste der antifaschistischen Opposition längst schon im KZ oder ermordet waren. Also auch hier alles normal, nur passierte es ein paar Jahre früher als woanders.

Sich mit dieser Realität auseinanderzusetzen, heißt anzuerkennen, daß der Widerstand gegen Rassismus und Antisemitismus in Deutschland immer eine Minderheitenposition war und ist. Denn es geht hier um die deutsche völkische Identität, den Kitt zwischen Herrschenden und Beherrschten, der in Deutschland dicker als Wasser ist und eine blutige Spur durch die Geschichte zieht. Unsere Demonstration ist deswegen angegriffen worden, weil sie sich gegen die Bevölkerung von Grevesmühlen richtet, gegen ihr Herrenmenschentum und ihre Ignoranz. Wir sollen Verständnis haben für eine kollektive Verhaltensweise, von der wir wissen, daß sie in diesem Landstrich schon hunderten von Menschen - Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti, Linken, Antifaschisten, Zwangsarbeitern - das Leben gekostet hat. Deutschland denken heißt Auschwitz denken - diesen Satz hat die Linke hier ignoriert, weil sie die deutsche Bevölkerung für ihre Inhalte gewinnen wollte. Der Preis, den

die Linke dafür zahlte, war die Anpassung an den völkischen Konsens. Aber eine Linke, die Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus - zumal in ihren völkischen Varianten - als Voraussetzung ihres Handelns begreift, als das, wo die Leute nun mal stehen und man sie abholen müsse, hat die Befreiung als Ziel schon aufgegeben. In Grevesmühlen hat die deutsche Ideologie schon lange gesiegt. Hier finden wir in den Heimatheften schöne Fotos aus guten Jahren, den dreißiger Jahren. Vom Nationalsozialismus haben hier, außer ein paar Linken und Juden, die Bewohnerinnen und Bewohner deshalb nichts gemerkt, weil seine gesellschaftlichen Voraussetzungen längst bestanden, bevor die Nazis die Macht übernahmen. Schon lange gab es jene volksgemeinschaftliche Wärme, die sich für die, die nicht dazugehörten, in Brandanschlägen vermittelte - und in der es auch heute noch für die einen kuschelig warm und für die anderen heiß wie auf dem Ofenblech ist.

Soweit der nichtgehaltene Redebeitrag, an dessen Ende eine Gedenkminute für die Opfer des Faschismus stehen sollte.

Ich möchte euch bitten, aufzustehen, um den Opfern des Faschismus zu gedenken.

Danke.

Vor dreißig Jahren schrieben Alexander und Magarethe Mitscherlich, damals noch in der Hoffnung, ein Stück Vergan-

genheit zu beschreiben: Daß man im Ausland hypersensibel für Anzeichen einer Wiederkehr des Überwundenen geblieben ist, verstehen manche Politiker unseres Landes schon wieder als Zeichen ihrer Stärke auszulegen. Die Abwehr der mit der Nazivergangenheit verbundenen Schuld- und Schamgefühle ist weiterhin Trumpf. ... Alle Vorgänge, in die wir schuldhaft verflochten sind, werden verleugnet, in ihrer Bedeutung umgewertet, der Verantwortung anderer zugeschoben, ... Und je weniger wirklich produktive Lösungen gefunden werden oder gelingen, desto empfindlicher reagiert die große Öffentlichkeit auf jene "Böswilligen", die nicht vergessen wollen und die unsere so sorgsam abgewehrte Vergangenheit als eine Wirklichkeit, die in der Tat noch wirkt, erleben.

Wir sind solche Böswilligen.

Wir wissen: Die Täter sind überall. Nicht nur die Täter von Lübeck. Auch die von Rostock, Hoyerswerda, Mannheim, Mahlow, Stade ... und die Zukünftigen aus Orten, deren Namen wir demnächst auf der Landkarte suchen werden, um dorthin zu fahren.

Daß wir in Grevesmühlen waren, ist ein Erfolg für uns.

Für die erneute Gelegenheit, Deutschland öffentlich zu denunzieren, herzlichen Dank.

noch ist nicht aller tage abend.